

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanzeige: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Vierteljährlich einsechzig Mark, monatlich 20 Mark. Bei den Postämtern 2.25 Mark, monatlich 70 Pf. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inserationsgebühr: die Tagesblätter 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restantenteil 10 Pf. Postgebühren: Nr. 5234 Berlin. — Erwaigter Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 121.

Magdeburg, Mittwoch den 27. Mai 1914.

25. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 14 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“.

Niedergerungen!

Der konservative Großagrariar Goeß, der rheinische „Heimatskandidat“ für Stendal-Osterburg, hat in der Stichwahl am Montag sein Mandat verloren. Mit 15 076 Stimmen hat der nationalliberale Bauernbundespräsident Wachhorst de Wente über den konservativen den Sieg davongetragen, der nur 12 716 Stimmen auf sich vereinigte. Bei der Hauptwahl am 15. Mai hatte Goeß (Konj.) 12 182, Wachhorst de Wente (natl.) 7010 und Weims (Soz.) 6911 Stimmen erhalten. In der Stichwahl 1912 hatte Goeß mit 13 288 über Fuhrmann (natl.) mit 10 955 Stimmen gesiegt. Gegenüber der Stichwahl vor 2 Jahren hat Goeß also noch 527 Stimmen eingebüßt.

Die glänzende Niederlage der agrarischen Terroristen ist nur möglich geworden durch das geschlossene Eintreten der Sozialdemokratie für den nationalliberalen Stichwahlkandidaten. Seine altnationalliberalen Freunde haben allerdings das Menschenmögliche versucht, um der Sozialdemokratie das Eintreten für Wachhorst zu verleiden. Die „Magdeburgische Zeitung“, die ganz in fuhrmannischem Sinne redigiert wird, leistete sich eine von uns bereits angenagelte offene Provokation mit dem deutlich erkennbaren Hintergedanken, ihrem eignen Parteikandidaten Schwierigkeiten zu machen. Dazu kam der politisch so unkluge Beschluß des nationalliberalen geschäftsführenden Ausschusses, der das Unterschreiben der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen ausdrücklich verbietet. Auf diesen Beschluß gestützt, hat Wachhorst de Wente es auch abgelehnt, unsere Stichwahlbedingungen, die ja eigentlich nur liberale Grundzüge enthalten, zu unterschreiben. Ein formeller Mangel, der nicht entscheidend ist für das zukünftige materielle Verhalten des Gewählten. Denn das sozialdemokratische Wahlkomitee hat ausdrücklich festgestellt, daß er in seinen Wahlversammlungen Erklärungen abgegeben, deren Inhalt uns genügt.

Hätte unsere Stichwahlparole also angesichts der Haltung der Nationalliberalen auf strikte Stimmhaltung gelaftet, so wäre das sicher formell ganz korrekt und im Sinne der Jenaer Beschlüsse über Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten gewesen. Aber diese Stimmhaltung hätte nichts weiter bedeutet als eine indirekte Unterstützung der Konservativen, deren Kandidat in diesem Falle mit überwältigender Stimmenmehrheit gewählt worden wäre. Der Reichstag hat aber den Herrn Goeß nicht deshalb von seiner Schwelle gewiesen, damit er nach wüstem agrarischem Terror, nach moralischer Mißhandlung der Sozialdemokratie durch indirekte Hilfe derselben Sozialdemokratie wieder hineingelange.

Die Unterstützung der Nationalliberalen geschah deshalb nicht um der Nationalliberalen willen, auch nicht, weil uns der Bauernbündler mit seinem wirtschaftlichen, auf das bisherige Schutzollsystem eingestellten Programm irgendwie sympatisch wäre. Sie erfolgte lediglich „aus Haß der Junker und nicht um euren Dank!“ Seit im Jahre 1912 der Führer der Altnationalliberalen, Fuhrmann, in diesem Wahlkreis durch sein Verhalten die Stimmhaltung unserer Genossen provoziert und damit den Sieg des Konservativen ermöglicht hatte, glaubte die Junkerpartei in der Altmark, sich jede Brückierung der Arbeiterkraft straflos gestatten zu dürfen. Nicht nur, daß der konservative Kandidat brutale Ausnahmegeetze gegen die kämpfende Arbeiterkraft forderte, man behandelte auch die Sozialdemokraten als Ausfällige, die man in jeder Versammlungsanföndung mit dem Hinauswurf bedrohte, falls sie sich in die konservativen Versammlungen wagen sollten. Dieselben Leute, die 1912 auf Kosten der konservativen Klasse die sozialdemokratische Stichwahlparole als Flugblatt und als Zeitungsinserat verbreiten ließen, suchten jetzt jedem als minderwertig hinzustellen, der von den Sozialdemokraten Stichwahlhilfe annehmen würde.

Gegenüber diesem Gebaren war es ein Gebot der Selbstachtung, den agrarischen Herrschaften zum Bewußtsein zu bringen, daß die Sozialdemokratie noch auf dem Platz ist und daß sie das Gewicht ihrer Organisation und ihrer Wählerkraft politisch zu verwerten weiß. Sag es nahe, angesichts des schmachlichen nationalliberalen Verhaltens in Jerichow und Borna-Begau Gleiches mit Gleichem zu vergelten und Gewehr bei Fuß zu stehen. So erforderte die politische Gesamtlage, den seit Zabern

wieder „hochgestimmten“ Sinn der Junker zu brechen. Und es ist ein ehrendes Zeugnis für das politische Gefühl der sozialdemokratischen Wähler, daß sie reslos der Parole ihrer Partei gefolgt sind. Diese Parole mußte zwar lauten: Für Wachhorst! Ihr eigentlicher politischer Sinn und ihre praktische Wirkung ist aber: Gegen Goeß! Und damit gegen die Anmaßung der ohnehin übermächtigen Junkerkaste!

Dieser klaren Erkenntnis sind sicher auch die tausend Stimmen mehr zu danken, die zur Stichwahl noch aus den Reserven der Nichtwähler herausgeholt worden sind.

Der Eindruck im Lande.

Wenn irgend etwas noch die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Stichwahlparole bestätigen könnte, so ist es das Aufheulen der konservativ-agrarischen Presse, die nach dem Ergebnis der Hauptwahl mit dem sichern Sieg ihres Kandidaten gerechnet hatte. Da ist zunächst die Deutsche Tageszeitung, der als Organ des Bundes der Landwirte der Präsident des konkurrierenden Bauernbundes besonders verhaßt ist. Dieses Blatt jubelte nach der Hauptwahl über den „starken Zug nach rechts“, der durch das Volk gehe:

Es hat alles nichts geholfen! Die altmärkischen Bauern sind den Weisen der liberalen Mattenjäger nicht gefolgt, sie haben es abgelehnt, sich gegen diejenigen Berufsleute und Politiker verkehren zu lassen, die ihnen seit je als die bewährtesten und zuverlässigsten Vorkämpfer der bäuerlichen Interessen bekannt sind. . . . Wenn aber die Konservativen auch in Teilen der städtischen Bevölkerung jähtbare Erfolge errungen haben, die seit langem der liberalen Fahne zu folgen gewohnt waren, so liegt hier wiederum ein harter Beweis vor, daß zahlreiche Bevölkerungskreise infolge der Haltung der nationalliberalen Partei von der Weibel- und Scheidemann-Wahl bis Zabern an dieser Partei ihre geworden sind und nun die Anlehnung dort suchen, wo sie ein unbeirrtes und kraftvolles Festhalten an dem monarchischen Gedanken, an unsern guten staatlichen und militärischen Traditionen und eine unbedingte Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie finden.

Nest aber weiß das agrarische Hauptorgan nichts Besseres, als den Bauernbündler wegen der „roten Krücken“ zu denunzieren, die ihm den Einzug in den Reichstag ermöglichten:

Die alte Partei der Bennigsen und Niquel hat wenig Ursache, sich dieses Wahlsieges zu freuen, denn er zeigt, wie weit gewisse ihrer Mitglieder bereits auf der abschüssigen Bahn hinabgeglitten sind, die schließlich zu einer immer flacheren und offenkundigeren Demokratie hinführt. . . . Allerdings hat ja Herr Wachhorst de Wente bereits durch seine bisherige Tätigkeit gezeigt, daß er des Vertrauens der Sozialdemokratie würdig ist. Mit er doch für sie als Präsident des Bauerngenossenschaftsbundes mit seinem Kampfe gegen die geschlossene Organisation der deutschen Landwirtschaft ein wertvoller Bundesgenosse.

Auch die Kreuzzeitung, das Hauptorgan der konservativen Partei, spricht von den „sozialdemokratischen Krücken“:

Stolz kann die nationalliberale Partei auf ihren mit Hilfe der Junkerpartei errungenen Sieg nicht sein. Die Konservativen aber sind der nationalliberal-sozialdemokratischen Verbrüderung in Ehren unterlegen.

Am offensten bekundet den reaktionären Schmerz das Organ des ebenfalls durchgeraffelten Reichsverbandsgenerals von Liebert, die Post:

Daß die Stichwahl mit dem Siege Wachhorst de Wentes gedeutet hat, ist ein Erfolg, den nicht die Nationalliberalen, sondern die Sozialdemokraten für sich in Anspruch nehmen können. Man hatte erwartet, daß es die Junkerpartei aus Rücksicht auf ihre bisherige Politik nicht wagen würde, offen für den nationalliberalen Bewerber anzutreten. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee in Stendal hat am Himmelfahrtstag die Parole ausgegeben: „Keine Stimme für Goeß, jede Stimme für Wachhorst de Wente!“ Sonach brauchen die Wahlmacher von der roten Couleur nicht heimlich und unter der Hand Herrn Wachhorst de Wente die sozialdemokratischen Stimmen zuzuführen, sondern konnten mit offenem Bistier für den Erlorenen ihres Dergens werden. Die opportunistische Erwägung, daß der Nationalliberal gegenüber dem Deutschkonservativen nur als das „kleinere Übel“ anzusehen sei, hat alle prinzipiellen Bedenken befreit. So ist es nicht zu einer Parole der Stimmhaltung gekommen, die im radikalen Lager sicherlich den lebhaftesten Beifall gefunden hätte und auch zu verstehen gewesen wäre, da der nationalliberale Kandidat auf dem Gebiet der Sozialpolitik energisch hervorgetreten ist und sich auch nicht, wenigstens nicht schriftlich, auf die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen verpflichtet hat.

Dann aber bekommt auch Wachhorst de Wente seine „Moral“ auf den Weg:

Herr Wachhorst de Wente zieht also auf sozialdemokratischen Schultern in den Reichstag ein. Er hat jedoch wirklich keinen Anlaß, darüber zu triumphieren, denn er hat in den Augen der Genossen nur Gnade gefunden, weil er Erklärungen abgegeben hat, die den strengen Richtern vollauf gerügten und mit denen sie sich zufriedengeben konnten. Auf den nunmehrigen Herrn Reichstagsabgeordneten aber darf man ein bekanntes Wort, entsprechend abgedruckt, anwenden: „Qui mange du socialiste, en meurt.“ („Wer vom Sozialisten isst, stirbt daran.“)

Ganz überrascht ist vom Wahlausgang die alldeutschen-nationalliberale Tägliche Rundschau:

Vergleicht man diese Zahlen der Stichwahl mit den Ergebnissen der Erichwahl vom 15. Mai 1914, so wirkt es geradezu erstaunlich, wie vollständig die Sozialdemokratie ihre Mannen für den von ihnen Bestrebenden doch recht fern stehenden nationalliberalen Bauernbündler Wachhorst de Wente auf die Beine gebracht hat.

Befriedigt ist naturgemäß die linksliberale Presse. So schreibt das Berliner Tageblatt:

Mit einer Mehrheit von über 2500 Stimmen hat die vereinigte Linke die Konservativen aus Stendal-Osterburg verdrängt. Das ist ein glänzender Erfolg und ein wichtiger Protest gegen die konservative Agitation, die in der Altmark jedes erträgliche Maß überstieg. Mander Wähler mag sich wohl auch durch die neue Regierungspolitik zur Stimmabgabe für den freiheitlichen Kandidaten veranlaßt gefühlt haben. Das völlige Vergehen der Regierung in der preussischen Wahlrechtsfrage, die bürokratische Ueberheblichkeit der Reichsleitung gegenüber dem Reichstag und so manches beanlagte, daß die Stichwahl von Stendal-Osterburg zu einer imponanten Rundgebung des liberalen Volkswillens wurde. Nach Borna-Begau zeigt nun auch Stendal-Osterburg, daß in den breiten Volksschichten das unerbittliche Bestreben nach einer entschiedenen Linkspolitik lebendig geblieben ist. Möge das — von der Regierung erwartet man nichts mehr — der Reichstag im Herbst beachten!

Und die fortschrittliche Postische Zeitung:

Der Sieg Wachhorst de Wentes ist daher nicht nur als ein liberaler Erfolg zu begrüssen, sondern auch als ein Sieg der politischen Moral. Wer mit derartigen Mitteln arbeitet, wie es die konservative Partei in Stendal-Osterburg getan hat, darf sich nicht wundern, wenn sich zuletzt alles gegen ihn wendet.

Die altnationalliberale Magdeburgische Zeitung macht ein recht süßsaures Gesicht. Ihr ist der Sieg Wachhorsts schon an sich recht unangenehm, ganz besonders aber, weil er nur den Sozialdemokraten geschuldet ist. Deshalb schreibt sie:

Freilich — und das mag den Konservativen am meisten berechtigten Anlaß zum Nachdenken geben —, es mügen viele für Wachhorst gestimmt haben, die sonst ebensogut für Goeß gewesen wären, denen aber dieser Wahlkampf etwas zu starker Tobak gewesen ist. Aber wir wollen nicht einzelne Studien des nun beendeten Kampfes repetieren. Es liegt uns auch nicht daran, um die Mandat auch nach der Wahl weiter zu fecten. Leider wird der Streit ja noch eine Weile toben. Wir möchten es uns lieber angelegen sein lassen, an der Verhütung der Gemüter im Wahlkreis mitzuwirken. Im Interesse der Bevölkerung ist zu wünschen, daß die im Kampf erregte Verbitterung und ihre einzelnen Anlässe bald vergehen würden. Der die dem Vaterland ist, der außerhalb des Wahlkampfes, in dem allenfalls auch ein Uebermaß von Kampfesluste begreiflich ist, die Verheerung dauernd etablieren wollte.

„Nur ja nicht mit den Konservativen anbinden!“ Das ist das A und O dieses „altnationalliberalen“ Organs der Junkerbarone. Am wohlsten wäre ihm, wenn es weiter nichts zu veröffentlichen brauchte als die abgebrauchtesten Phrasen gegen die Sozialdemokratie und die für seine Leser so notwendigen — Börsenberichte.

Der Vorwärts, unser Berliner Parteiblatt, bemerkt zu dem Wahlausfall:

Herr Wachhorst de Wente ist also dank der sozialdemokratischen Wahlunterstützung in den Reichstag gewählt worden. Der Sieg des Bauernbundes über den Bund der Landwirte wird in konservativen Kreisen keine geringe Ersitterung erwecken. Für die Sozialdemokratie bedeutete Herr Wachhorst de Wente allerdings das kleinere Übel. Hoffentlich führt unausgesetzte Organisationsarbeit auch in diesem Kreise dazu, uns bald die Dual der Stichwahl zu erparieren.

Diesem letzten Wunsch werden sich auch die Genossen in der Altmark anschließen. Wir sind überzeugt, daß sie nach dieser Wahl mit frischem Mut und neuen Kräften an den Ausbau der Organisation gehen, die bisher leider zu wünschen übrigließ. In dem altmärkischen Parteisekretariat, das seit dem 1. April in Tätigkeit ist, wird die Parteiarbeit eine wichtige Stütze finden, und so glauben wir uns zu der Erwartung berechtigt, daß schon bei der nächsten allgemeinen Wahl die fleißige Arbeit Früchte trägt, die in diesem Wahlkampf unter harter Anspannung der vorhandenen Kräfte geleistet worden ist. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 26. Mai 1914.

Mittelparteien und Wahlreform.

Biel erörtert wird in der Presse ein Vorschlag der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“, eine freie Kommission der preussischen Mittelparteien zu bilden, die den Versuch machen sollte, Freikonervative, Nationalliberale und Zentrum auf ein gemeinsames Programm in der Wahlrechtsfrage zu vereinigen. Es ist begreiflich, daß dieser Plan sowohl von der äußersten Rechten wie von der Linken, die beide von der Kommission ausgeschlossen bleiben sollen, mit gemischten Empfindungen aufgenommen wird. Die Mächtigsten, Freikonervative und Zentrum, haben sich zu ihm noch nicht geäußert. Es ist aber vorauszusetzen, daß auch dieser Versuch, dem steckenbleibenden Kartell wenigstens ein paar Achsenlängen vorwärts zu helfen, ohne Ergebnis bleiben wird.

Alle Parteien empfinden die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes, aber alle — von der in die Ecke gedrängten traurigen Fortschrittspartei abgesehen — wissen auch die Vorteile dieses Zustandes zu schätzen. Das Zentrum kann zwar mit Rücksicht auf seine Wähler das Dreiklassenwahlrecht nicht offen billigen, es fürchtet aber von einem veränderten Wahlrecht eine andre Zusammenlegung des Landtags, die seinen kirchenpolitischen Zielen weniger förderlich sein könnte. Die Nationalliberalen unterscheiden sich in Preußen kaum noch von den Konservativen und haben sich von der Forderung des Pluralwahlrechts wieder auf das Dreiklassenwahlrecht zurückgezogen, das der industriekonservative Köchling „gar nicht so schlecht“ findet. Sie wollen außer der Aenderung des Wahlverfahrens geheimes, direktes, statt öffentliches, indirektes Wahlrecht — nur noch die Erziehung der Drittelung in den Urwahlbezirken durch die Drittelung in den Gemeinden, eine Maßnahme, die, wie selbst die „Streuzeitung“ einzieht, die plutokratische Wirkung des Dreiklassenwahlrechts noch verstärken würde, und die vom Zentrum aus Gründen des Mandatsinteresses bekämpft wird. Die Freikonervative schließlich würden am liebsten alles beim alten lassen; sie unterscheiden sich von den Konservativen nur durch die Taktik. Die Konservativen wollen die Wahlreform um jeden Preis aufhalten, die Freikonervative wollen sie mildern, um sie im Sinne der Konservativen so unschädlich, im Sinne der Demokratie so unbefriedigend zu gestalten, wie das nur immer angeht.

Wenn sich nun Vertreter dieser drei Gruppen von „Wahlrechtsfreunden“ zu einer freien Kommission zusammenfinden sollten, die sich der Vorbereitung eines Kompromisses widmen will, so kann man sich ungefähr vorstellen, was dabei herauskommt. Nicht einmal eine Einigung auf das direkte, geheime Wahlrecht dürfte unter ihnen möglich sein. Ebenso wenig läßt sich in der Frage der Drittelung ein Einverständnis erzielen. Volle Uebereinstimmung dürfte zwischen ihnen nur darin bestehen, daß am Kerne des Dreiklassenwahlrechts, an der Klasseneinteilung, überhaupt nichts geändert wird. Eine Kommission, aus der die drängenden und treibenden Kräfte der Wahlreform ausgeschlossen sind, ist von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt.

Natürlich kann den in Betracht kommenden Parteien niemand verwehren, das Experiment zu machen, wenn sie Lust dazu verspüren sollten. Die von der „Kölnischen Zeitung“ vorgeschlagene Kommission würde einen durchaus privaten Charakter tragen; ihre Vorschläge wären durchaus unverbindlich. Ja man kann sagen, es ist immer noch besser, wenn solche Vorschläge zur Wahlreform gemacht werden, als wenn man das ganze Problem links liegen läßt. Zeigt sich, daß durch die Initiative der Mittelparteien ein Fortschritt nicht erzielt werden kann, so wird sich die Notwendigkeit, andre Wege zu beschreiten, jedemmann aufdrängen. Darum ist auch die konservative Presse sehr gegen die freie Kommission, von deren Beschlüssen oder Beschluslosigkeit sie nichts zu fürchten hat. Sie fürchtet als Endeffekt der reaktionären Verhandlungen ein neues härteres Anklammen der Wahlrechtsbewegung.

Inzwischen hat sich auch die Zentrumspresse über die kommenden sozialdemokratischen Wahlrechtskundgebungen in der gewohnten Weise ausgelassen. Sie läßt diese Kundgebungen von vornherein zu verdammen und zu verdammen; dies ist ja seit je das einzige was das Zentrum zur Förderung der Wahlreform beibringen hat. Immer wieder wird uns in der Zentrumspresse wie anderswärts die alte Weisheit vorgelesen, daß durch Demonstrationen nichts zu erreichen sei. Ja, um alles in der Welt, wie ist denn sonst etwas zu erreichen? Der König hat eine Abmahnung gehalten, und er hat nichts erreicht; die Regierung hat eine Vorlage eingebracht, und sie hat nichts erreicht. Jetzt kommt die „Kölnische Zeitung“ mit ihrem Vorschlag der freien Kommission, und alle Welt weiß, damit wird auch nichts erreicht werden. Wenn das Volk eines bestehenden Zustandes als blutige Unredigkeit empfindet, soll es nicht mit allen Mitteln gegen ihn ankämpfen? Soll es lieber die Schwachheit der Rechtslosigkeit tragen und jede Hoffnung aufgeben, etwas daran ändern zu können? Das heißt doch, alle lebendigen Kräfte des Volksebens lahmlegen, bis es den einzigen Restpunkt auf jegliche Forderung predigen, daß wäre eine Schicksalsfrage für Hunderte, aber nicht für Millionen. Wenn einer aus den bürgerlichen Mittelparteien oder sonst irgendwem einen Rat geben kann, besonnen und geschulten Weg zeigt, der das preussische Volk aus den gegenwärtigen unheilvollen Zuständen herausführt, so zeige er ihn! Weg er keinen, so hat er auch kein Recht, dem Volke Ratschläge zu machen, wenn es seinen eignen Weg geht, der vielleicht nicht immer besonnen und geschultes bleiben wird. Das ist das preussische Volk heute noch ohnmächtig ist, das werden wir alle das jahrelange bisherige Erwählung. Aber jetzt von uns her die politische Selbstverwaltung, daß es für alle Zeit die besten Chancen sein werden haben

müsse. Das Volk, das Steuern zahlt, in den Werkstätten frondet und auf den Kasernenhöfen exerziert, ist, sobald es zum Bewußtsein dieser Kraft kommt, die stärkste Macht, die es überhaupt gibt. Wenn es in seiner Mehrheit einig ist, einig in seiner Ueberzeugung, einig in seinem Handeln, dann kann ihm nichts auf der Welt widerstehen.

Die preussische Wahlrechtsfrage wird nicht durch Kommissionen und Konferenzen gelöst werden. Die preussische Wahlrechtsfrage wird erst gelöst werden, wenn das Volk so stark geworden ist, daß es dem preussischen Staate sein Wahlrecht diktiert kann. Wenn das sein wird, das hängt von uns allen, von jedem einzelnen ab. Immer wieder vorwärts und in immer stärkeren Massen heran! Endlich muß es doch gelingen! —

Die preussische Besoldungsnotelle.

Am Montag begann das preussische Abgeordnetenhaus die erste Beratung der Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz. Dies Gesetz hält sich etwa in dem Rahmen der Vorschläge, die die Reichsregierung für die Aufhebung der Beamtengehälter im Reich gemacht hatte. Bekanntlich scheiterte im Reichstag dieses Gesetz kurz vor dem Sessionsschluß daran, daß die Regierung allen Verbesserungsanträgen ein starres Nein entgegensetzte.

Im preussischen Dreiklassenparlament hat sie irgendwelche ernsthafteste Gefahr für die von ihr eingebrachten, durchaus unzulänglichen Vorschläge nicht zu erwarten. Das zeigte sehr deutlich schon der erste Tag der Beratung. Zwar hatten die Nationalliberalen einige sehr beschreibene Verbesserungsanträge zu der Regierungsvorlage eingebracht, aber ihr Fraktionsredner Doktor Schröder erklärte von vornherein, daß seine Partei durchaus nicht beabsichtige, auf diese Verbesserungs-Vorschläge zu bestehen, nachdem die Regierung erklärt habe, sie seien für sie unannehmbar. Auch die Redner der übrigen bürgerlichen Parteien, soweit sie am Montag bereits zu Worte kamen, erklärten sich im großen und ganzen mit den Regierungsvorschlägen einverstanden.

Eine ernsthafte Kritik an dem Gesetzesentwurf wird nur die Sozialdemokratie üben, in deren Namen am Dienstag Genosse Ströbel spricht. —

Titelkauf in England.

Der Handel mit Titeln und Würden ist eine allgemeine Erscheinung in unserer kapitalistischen Zivilisation. In England bereiten ihn die beiden bürgerlichen Parteien, um ihre Partikularinteressen zu fördern. Der Titel eines Lords kostet zum Beispiel 30 000 Pfund Sterling (600 000 Mark). Wieder hohe Titel haben einen niedrigeren, aber festen Preis, den man erziehen kann, wenn man sich mit dem Hauptbesitzer der am Auker befindlichen Partei in Verbindung setzt.

Aber man wie das nur nicht jährlich. Derartige Geschäfte werden in England als unethisch abgemacht, so daß ein Zustand, den noch niemand aus der Welt zu lägen gemacht hat, nicht dokumentarisch belegt werden kann. Auch die Kirche mit ihrem ganzen, guten Namen verachtet die Opfer der Titelkauf. Das kam vor einigen Jahren heraus, als ein berühmter Londoner Finanzmann plötzlich von den mit ihm befreundeten höchsten der Finanzangehörigen wurde und Kontakt machte. Er hatte der St. Paulskirche ein schönes goldenes Altargerüst geschenkt und fand mit der damals herrschenden konservativen Partei gerade in Verhandlungen wegen eines Titels, als der Schatzfiel und die hohe Geistlichkeit mit empörter Miene, aber mit Erbitterung im Herzen mit der goldenen Seite wieder herüber zu schreiten mußte.

Der Titelkauf hat es getrieben, daß zur selben Zeit, da die Macht der Titelkauf in England im „Standard“ fehlte, im englischen Unterhaus eine Vorlage, die diese Geschäfte in England verbieten will, eingebracht wurde. Es mag sonderbar scheinen, daß diese Vorlage von konservativer Seite kam. Doch das hat seine guten Gründe. Die Freunde und Angehörigen der englischen Aristokratie empfinden es als eine schändliche Entwertung des Adels, wenn man erdregliche Schwelgerei zu Lande macht. Wenn soll diese Praxis auch verboten? Die englische Aristokratie kann natürlich mit ihrem Alter und ihrer Vergangenheit nicht viel machen. Von der feindlichen Partei des revolutionären Bewusstseins der von Schlegel heißt sie überhaup nicht Erwähnung; denn im Unterhaus haben sich die Herren der Welt in dem langen Range der Auker einander förmlich die Hände abgewaschen zur großen Enttäuschung der konservativen Rechte. Die erste Rede in dem Unterhaus über die Titelkauf wurde von dem konservativen Mitglied, Lord Curzon, gehalten, der die Vorlage als eine unethische Entwertung des Adels bezeichnete. Er erklärte, daß die Vorlage nicht nur die Rechte der Aristokratie verletzen würde, sondern auch die Rechte der Kirche, die die Vorlage als eine unethische Entwertung des Adels bezeichnete. Er erklärte, daß die Vorlage nicht nur die Rechte der Aristokratie verletzen würde, sondern auch die Rechte der Kirche, die die Vorlage als eine unethische Entwertung des Adels bezeichnete.

Der Titelkauf hat es getrieben, daß zur selben Zeit, da die Macht der Titelkauf in England im „Standard“ fehlte, im englischen Unterhaus eine Vorlage, die diese Geschäfte in England verbieten will, eingebracht wurde. Es mag sonderbar scheinen, daß diese Vorlage von konservativer Seite kam. Doch das hat seine guten Gründe. Die Freunde und Angehörigen der englischen Aristokratie empfinden es als eine schändliche Entwertung des Adels, wenn man erdregliche Schwelgerei zu Lande macht. Wenn soll diese Praxis auch verboten? Die englische Aristokratie kann natürlich mit ihrem Alter und ihrer Vergangenheit nicht viel machen. Von der feindlichen Partei des revolutionären Bewusstseins der von Schlegel heißt sie überhaup nicht Erwähnung; denn im Unterhaus haben sich die Herren der Welt in dem langen Range der Auker einander förmlich die Hände abgewaschen zur großen Enttäuschung der konservativen Rechte. Die erste Rede in dem Unterhaus über die Titelkauf wurde von dem konservativen Mitglied, Lord Curzon, gehalten, der die Vorlage als eine unethische Entwertung des Adels bezeichnete. Er erklärte, daß die Vorlage nicht nur die Rechte der Aristokratie verletzen würde, sondern auch die Rechte der Kirche, die die Vorlage als eine unethische Entwertung des Adels bezeichnete.

Die Opposition gegen den Titelkauf wurde ein überaus bemerkenswertes Schauspiel. Dieser Herr meinte, es sei notwendig, daß man die Rechte der Kirche nicht verletzen sollte. Die Konservative sagten immer, daß sie sich um den Titelkauf kümmerten, weil ihre Partei eine solche Sache sein möchte. Man haben wir wieder die Geschichte von dem Mann und der Frau, die der alte König so gut erachtet, alle Rechte, denen man sich nicht widern, werden der Frau in die Hände gegeben.

Die Vorlage wurde schließlich in erster Lesung angenommen. Weiter wird die Sache jedoch nicht gehen. Bei der Umformung der Konstitution vor drei Jahren hat sich die liberale Partei wohl gehütet, das Haus der Lords ganz abzuschaffen. Sie braucht diese Kammer, um sich durch Titelverkauf Gelder für ihre Parteifasse zu verschaffen. Deshalb hat auch niemals jemand eine Abschaffung des liberalen oder konservativen Parteifassiers gesehen.

Doch diese konservativ-liberale Gesellschaft, die sich einander gut versteht, tut entrüstet, rollt die Augen und erklärt es als eine Verletzung der guten Sitte, wenn sich die englischen Gewerkschaften erlauben, Gelder für politische Zwecke auszugeben, über die bis auf den letzten Pfennig eine öffentliche Abrechnung vorgelegt wird, und gesteht den Arbeiterorganisationen schließlich unter großem Druck nur ein sorgfältig umschänktes Recht auf politische Betätigung zu. Das Geld, sagt das lateinische Sprichwort, soll nicht riechen; aber die Gesundheit und Fäulnis dieser Sippchaft sinkt bis zum Himmel. —

Notizen.

Preussischer Wahlrechtskampf. Die Stettiner organisierte Arbeiterchaft nahm bereits am Sonntag in drei Protokoll-Versammlungen Stellung zu der Rede des neuen Polizeiministers und zu der Frage: Was hat die Arbeiterchaft zu tun, um eine entscheidende Wendung in der Wahlrechtsfrage zugunsten der breiten Masse des preussischen Volkes herbeizuführen? Die Referenten in den Versammlungen, die Genossen Schumann, Heise und Ernst, kamen zu dem Schlusse: Die preussische Wahlrechtsfrage sei jetzt an dem entscheidenden Punkt angelangt, wo es heiße, entweder scharfe Maßnahmen zur Erreichung eines freien Wahlrechts anzuwenden, oder für immer auf eine Reform des Klassenwahlrechts zu verzichten. Die Massen müßten sich zu dem erheren entscheiden und deshalb zu dem schärferen Mittel, dem politischen Massenstreik, greifen. Die nächste Zeit sei dazu zu benutzen, das Proletariat mit dieser Waffe vertraut zu machen. Die Ausführungen der Redner fanden lebhaften Beifall.

Die Beamten gegen die Braunschweiger. Der am Sonntag in Berlin abgehaltene vierte Bundestag der Festbesoldeten nahm Stellung zu den kommenden Handelsverträgen. Es wurde ausgeführt, daß die Besoldungserhöhungen die Steigerung der Lebenskosten nicht hätten einholen können, und daß die Lebenshaltung daher zurückgegangen sei. Der Bund der Festbesoldeten halte es deshalb für dringend notwendig, die Futtermittelzölle abzuschaffen und die Einfuhrzölle zu beseitigen. Er lehne ferner die Beibehaltung und Neueinführung von Minimalzöllen, wie überhaupt die Minimaleinführung oder Erhöhung von Zöllen auf Nahrungsmittel und Gegenstände des Massenbedarfs ab, insbesondere spreche er sich schon gegen die Forderung des Bundes der Landwirte nach einem lückenlosen Zolltarif aus. —

Die Aufsicht über die Krankenkassen ist durch einen gemeinsamen Erlaß des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe und des Landwirtschaftsministers geregelt. Danach haben die Versicherungsämter die Geschäftsführung und Rechnungsführung der von ihnen beaufsichtigten Krankenkassen nach ihrem Ermessen regelmäßig, außerdem aber in jedem Kalenderjahr mindestens einmal unvermutet außerordentlich zu prüfen. Den Gemeinde- und Kreispolizeibehörden dürfen Prüfungen dieser Art nicht übertragen werden, da ihre Beamten mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften nicht genügend vertraut sein können, ganz abgesehen davon, daß die Prüfung der Geschäftsführung für die Aufsichtsbehörde die beste Gelegenheit bietet, die Verwaltung der Kassen näher kennen zu lernen. Die Prüfung hat sich auch auf die Melde- und Zahlstellen, Sektionen, Genesungsheime, Heil- und Pflanzengärten der Krankenkassen zu erstrecken. Nachdem die im Krankenversicherungsgesetz § 4 vorgezeichnete Oberaufsicht der höheren Verwaltungsbehörden fortgefallen ist, können die Oberversicherungsämter nicht mehr als berechtigt angesehen werden, selbständig die Geschäftsführung und Rechnungsführung der Krankenkassen zu prüfen. —

Soldatenmishandlungen. Wir berichteten vor einiger Zeit über schwere Soldatenmishandlungen, die Angehörige der 10. Kompanie des in Stettin garnisonierenden Königsregiments über sich ergehen lassen mußten. Dem einen Hülilier wurden drei Flaschen Benzol ins Gesicht und über den Kopf geschüttet, ein anderer bekam ein Schälfräsen auf den Kopf geworfen, ein dritter und vierter erhielt Durscheiben, Stöße mit dem Gewehrkolben in den Unterleib, so daß er ohnmächtig zusammenbrach u. a. m. Die Schindereien kamen, wie in der erneuten Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht als Verurteilungsstaten festgelegt wurde, dadurch an den Tag, daß ein anonymes Briefschreiber den Kriegsminister von den Mishandlungen in Kenntnis gesetzt hatte. Zu dem Urteil, der an Gerichtsstelle verlesen wurde, heißt es, daß die Rekruten des Königsregiments in unmenslicher Weise geschunden werden. Daß das Tatsache war, wurde auch in erster Instanz zugebilligt festgestellt, weshalb das Kriegsgericht zur Verurteilung der Missetäter zu 3 Monaten, 4 1/2 Monaten, 6 Wochen, 2 Wochen Gefängnis und 4 Wochen, 14 und 10 Tagen Militärarrest kam. Das Oberkriegsgericht ließ die Schindereien wesentlich milder an; es legte die Strafen von 4 1/2 auf 2 1/2 Monate Gefängnis und die 4 Wochen Militärarrest auf 3 Wochen herab. Ein Missetäter wurde freigesprochen, in zwei andern Fällen wurde die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Der Unteroffizier Koch, der mit 3 Monaten bestraft wurde, hatte auf eine Verurteilung verzichtet. Er dürfte es heute bereuen, die Milde des Oberkriegsgerichts ausge schlagen zu haben. —

Nationalliberale Wahlreform. Die Nationalliberalen des Herzogtums Braunschweig hielten am Sonntag in Hatzburg einen Parteitag ab, der sich auch mit der Braunschweiger Wahlrechtsfrage beschäftigte. Der Landtagsabgeordnete Professor Bach aus Braunschweig redete etwa eine halbe Stunde lang zu diesem wichtigen Thema. Der Redner gab zu, daß das jetzt bestehende Braunschweiger Wahlrecht keinen Mangel an Gerechtigkeit habe, aber die Forderung der Sozialdemokratie könne man trotzdem nicht annehmen. Er schlug dann ein Pluralwahlrecht vor, wonach die Wähler der unbedeutendsten Schichten je eine Stimme die Wähler mit einer Steuerleistung von über 30 Mark eine Zwanzigste und je nach dem Alter und Familienstand weitere Zusatzstimmen gewährt werden sollen. Eine Resolution, die der Regierung die liberalen Wünsche kundgab, wurde einstimmig angenommen.

Inhaltliche Gemeindegewinn. Am Sonntag fand in ganz Preußen in der zweiten Wahlgang der Gemeindegewinn statt. Die Beteiligung war nicht übermäßig hart. Es enthält sich das wohl daraus, daß für den zweiten Wahlgang fast alle halben Kommunitäten abgeschlossen waren, die fast ausnahmslos auch das richtige Ergebnis hatten. In Rülhaujen ging in allen drei Bezirken der Kommunitäten durch, die von den bürgerlichen Parteien angeführt wurden war. Es sind nunmehr gewählt: 15 Sozialdemokraten, 6 Zentrumler, 7 Fortschrittler und 3 Vertreter der unabhängigen Gruppe. In Stralburg setzt sich der Gemeinderat aus 15 Sozialdemokraten, 10 Liberalen, 3 Zentrumler und 3 Nationalliberalen zusammen. Unter den Sozialdemokraten befinden sich die Kreisratgeber Böde, Peinlich, der Gauleiter des Bauarbeiterverbands, der Gauleiter des Gemeindegewinnverbandes, ebenfalls der Redakteur der „Vormittler“, Jücker, und der Parteiführer. In Kolmar regte die Hochschule, die von Fortschrittler und Sozialdemokraten gegen das Zentrum aufgestellt worden war. Das Zentrum brachte nur sechs Kandidaten durch. Der neue Gemeinderat setzt sich zusammen aus 23 Fortschrittler, 5 Sozialdemokraten, 6 Zentrumler des Zentrums. In Jillich-Grafen haben bei der Wahl wurde ebenfalls die Kommunitäten der Sozialdemokraten und Liberalen gewählt; es kamen 6 Sozialdemokraten durch. In Schlettstadt wurden in der Nachwahl 4 Zentrumler, 2 Liberaler und 2 Sozialdemokraten gewählt. Auch in den kleineren Gemeinden der Umgebung herrschte eine schwache Wahlbeteiligung, trotzdem gelang es überall, den alten Besitzstand der Sozialdemokratie zu erhalten und großes Reichthum dazuzugewinnen. In dem Vorort Schillingheim bei Stralburg wurden nur Sozialdemokraten und Liberaler gewählt, die Zentrumspartei wurde vollständig ausgeschlossen.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 121.

Magdeburg, Mittwoch den 27. Mai 1914.

25. Jahrgang.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung.

Berlin, 25. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Lenke.

Erste Beratung der Besoldungsnovelle.

Dazu liegen drei nationalliberale Anträge vor, die Vorgelegte einer Nachprüfung verlangen, inwiefern die in der Besoldungsordnung von 1909 festgesetzte Klasseneinteilung mit den Dienstverhältnissen, der Vorbildung und Anwärterzeit der einzelnen Beamtenklassen nicht im Einklang steht, ferner Hinwirkung im Bundesrat auf entsprechende Maßregel bezüglich der Reichsbeamten; weiter wird Vorlegung eines Gesetzesentwurfs verlangt, durch den verheiratete Beamte mit dem Wohnungsgeldzuschuß der untern Beamten eine jährliche Zulage von 100 Mark, andre untern und mittlere Beamte mit einem Gehalt bis zu 3000 Mark, falls sie mehr Kinder haben als vier, eine Zulage von 150 Mark erhalten. Endlich verlangen die nationalliberalen Anträge, daß bei der Ortsklasseneinteilung nicht mehr der sogenannte Einheitszimmerpreis, sondern der für eine angemessene Wohnung tatsächliche Mietaufwand berücksichtigt werden soll, und ferner eine Revision der Besoldungsordnungen für die untern und am geringsten besoldeten Beamten.

Ein Antrag Kronsohn (Fortfchr. Sp.) will die Renumeration- und Unterstützungsfonds verringern und die dadurch gewonnenen Mittel zu fortlaufenden Beihilfen an kinderreiche Beamtenfamilien verwenden. Weiter fordern die Antragsteller die Nachprüfung der Wohnungsverhältnisse aller Beamten defizitärer Orte noch vor dem Jahre 1917.

Finanzminister Dr. Lenke: Die vorliegende Novelle bedeutet eine Abänderung der Besoldungsordnung vom Jahre 1909. Darnach erforderte die gesamte Besoldungsaktion einen dauernden Mehraufwand von 200 Millionen Mark. Im wesentlichen hat der Grundgedanke geblieben, daß dieselben Beamtengruppen im Reich und in Preußen die gleiche Besoldung beziehen. Nur in den ersten fünf Besoldungsklassen bestand ein Unterschied gegenüber den Reichsbeamten. Durch die Abänderung der Besoldungsordnung im Reich vom vorigen Jahre mußte die preussische Regierung die Konsequenzen aus diesen Änderungen ziehen, hat sich aber nicht auf eine schematische Aufbesserung beschränkt. Durch eine schematische Gleichstellung mit dem Reich würden rund 40 000 Beamten aufgebessert. Die Regierung hat aber im ganzen 111 000 Beamte außer den 40 000 berücksichtigt. Die in der Novelle nicht angeführten Beamten können zurzeit nicht bedacht werden. Ich sage ausdrücklich zurzeit, allerdings läßt sich nicht übersehen, wann auf dem eingeschlagenen Wege wird fortgefahren werden können. Jedenfalls werden die Unterbeamten dann als die allerersten in Betracht kommen. Die Regierung muß sich aber bei diesem Vorgehen unbedingt die Initiative wahren; deshalb würde, wenn Sie die von der Regierung vorgeschlagene Grenze überschreiten wollten, die Vorlage für die Regierung unannehmbar werden. (Hört, hört! links.) Allerdings schlägt die Regierung selbst eine Änderung vor, nämlich die Vorteile der Novelle den Beamten schon vom 1. April dieses Jahres an zukommen zu lassen, damit die Beamten unter der Verzögerung nicht zu leiden haben. Mit dieser Änderung bitte ich Sie, die Vorlage anzunehmen. (Beifall.)

Abg. v. d. Osten (konf.) rühmt die Fürsorge des preussischen Staates für seine Beamten, deshalb hätten die Beamten nicht nötig gehabt, das Haus mit so vielen Petitionen zu befüllen; es ist unangebracht, daß die Beamten mit ihren Gehaltswünschen sich an die Abgeordneten statt an die vorgesetzte Behörde wenden. Die Vorlage selbst beantragen wir an die Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Dr. König (Ztr.): Es gibt nicht viele Staaten in der Welt, die für ihre Beamten so sorgen wie Preußen. Aber einige hätten, die auch in der preussischen Besoldungsordnung noch vorhanden waren, müssen beibehalten werden. Zu begrüßen ist auch, daß der Wunsch, den mein Fraktionsgenosse Dr. Hake schon vor Jahren äußerte, bei den Gehältern der Beamten auch die Zahl der Kinder zu berücksichtigen, jetzt endlich in Erfüllung gehen soll. Ob die Besoldungsordnung im Reich tatsächlich geändert ist, wie man sagt, weiß ich nicht; denn von einem Beschluß des Bundesrats zu der vom Reichstag beschlossenen Besoldungsordnung ist mir noch nichts bekannt. Hoffentlich nimmt der Bundesrat der Vorlage noch zu. Diese Vorlage sind wir bereit in der Kommission so schnell wie möglich zu erledigen. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Dr. Lenke: Die vom Reichsfinanzsekretär abgegebenen Erklärungen sind im Auftrag der verbündeten Regierungen abgegeben worden. Danach ist die Besoldungsvorlage im Reich endgültig erledigt.

Abg. Dr. Schröder (Kassell, natl.): Der Ton der Petitionen, mit dem wir überschmeichelt worden sind, war nicht erfreulich. Immerhin muß zugegeben werden, daß die Besoldungsordnung von 1909 recht kompliziert war und manche Härten enthält. Der Zweck unserer Anträge, die übrigens eingebracht wurden, als noch nicht bekannt war, daß die Regierung eine Vorlage bringen würde, ist nicht der, daß alle Gehälter gleichmäßig erhöht werden sollen, es soll vielmehr eine allgemeine Nachprüfung eintreten. Das Scheitern der Besoldungsnovelle im Reichstag bedauern wir auf das tiefste. Nach der heutigen Erklärung des Ministers, daß Änderungen der Vorlage mit einem „Annehmbar“ beantwortet werden, bleibt uns nichts übrig, als die Vorlage als Abschlagszahlung zu betrachten und an zu übernehmen. (Beifall links.)

Abg. Bieder (freikons.) bedauert, daß es nicht angängig zu sein scheint, die gehobenen Unterbeamten in die Vorlage mit einzubeziehen.

Vizepräsident Dr. Forst schlägt vor, die Beratung der Vorlage zu unterbrechen und zunächst einige kleinere Vorlagen vorzunehmen, damit diese an das Herrenhaus gelangen können.

Abg. Lippmann (fortfchr. Sp., zur Geschäftsordnung): Ich könnte diesem Vorschlag nur zustimmen, wenn der Gegenstand dann heute ganz von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich muß mich dem Abgeordneten Lippmann anschließen. Es geht nicht an, die Beratung über diese sehr wichtige Angelegenheit jetzt zu unterbrechen und nach Erledigung der übrigen Beratungsgegenstände vor ganz leeren Händen fortzusetzen. Das wäre des Hauses nicht würdig. Etwas anderes ist es natürlich, wenn die Beratung erst morgen fortgesetzt werden soll.

Vizepräsident Dr. Forst schlägt nunmehr selbst vor, so zu verfahren. Das Haus ist damit einverstanden.

Das Eisenbahnarbeitergesetz (Sekundärbahnvorlage) wird nach unentschiedener Debatte in dritter Beratung angenommen. Debatte wird in dritter Lesung der Gesetzesentwurf zur Bewilligung weiterer Mittel für Wohnungen von Staatsarbeitern genehmigt.

Der Gesetzesentwurf betreffend Erweiterung des Geltungsbereichs einer Bestimmung der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 wird ohne Beratung in erster und zweiter Lesung erledigt; debattelos erledigt werden ferner ein Gesetzesentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die Errichtung von

Rentenbanken, ein Entwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbehörden, ein Entwurf über die Abänderung des Gesetzes über die Hannoverische Landesreditanstalt und einige Entwürfe betreffend Änderung von Amtsgerichtsbezirken.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Fischereigesetzes. Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Der Entwurf, eine Ergänzung zum Wassergesetz, ist im wesentlichen eine Kodifikation der verschiedenen zerstreuten Polizeiverordnungen.

Abg. Frhr. v. Malsahn (konf.), Abg. Gerhards (Ztr.), Abg. Hausmann (natl.), Abg. Gengenberg (freikons.), Abg. Lippmann (fortfchr. Sp.) begrüßen den Entwurf, dessen Einzelheiten in der Kommission weiterberaten werden sollen.

Abg. Liebnicht (Soz.): Der Zweck eines Fischereigesetzes muß sein, den Fischbestand möglichst zu steigern und der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Der vorliegende Entwurf sucht dieser Aufgabe gerecht zu werden, speziell ist sein achter Abschnitt, der vom Schutze der Fischerei handelt, zu begrüßen. Man muß auch sagen, daß die Materie der Regelung bedarf und der Entwurf ist juristisch, technisch sauber gearbeitet und bildet eine geeignete Grundlage zur weiteren Beratung in der Kommission. Allerdings enthält er verschiedene Punkte, gegen die in der Kommission erhebliche Einwendungen gemacht werden müssen, so geht die Ausdehnung des staatlichen Fischfangs auf alle Wasserläufe erster Ordnung viel zu weit. Man kann auch in keiner Weise einverstanden sein mit der Verschärfung der Strafbestimmungen. In diesen und einigen andern Punkten muß die Kommission die bessere Hand anlegen.

Der Entwurf wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Eine Anzahl von Petitionen wird debattelos nach den Vorschlägen der Kommission erledigt.

Sodann verläßt sich das Haus auf Dienstag 10 Uhr (Beamtenbesoldungsvorlagen und kleine Vorlagen).

Schluß 1/25 Uhr.

Aus der Parteibewegung.

Sozialdemokrat — eine Beleidigung. Vor dem Kölner Schöffengericht hatte sich im Offizialverfahren ein Bahnarbeiter aus Köln zu verantworten, weil er seinen Schwager, den Hilfsweihensteller P. durch die Behauptung, dieser sei Mitglied des „sozialdemokratischen“ Eisenbahnerverbandes, beleidigt haben soll. Der als Zeuge vernommene Hilfsweihensteller bekundete, er sei von seinem Vorgesetzten zur Rede gestellt worden, und man habe ihm gesagt, wenn er das nicht anzeige, müsse angenommen werden, daß die Behauptung wahr sei. Es sei unklar, daß er je in einer solchen Verammlung gewesen sei; jeder, der die Behauptung, werde entlassen. Das Gericht nahm an, daß der Beweis der Wahrheit nicht erbracht sei und daß der Angeklagte den Zeugen habe beleidigen wollen. Er erhielt eine Geldstrafe von 10 Mark.

Der badische Landesparteitag wird am 20. und 21. Juni in Freiburg stattfinden.

Wegen angeblicher Beleidigung der Berliner Polizei hatte sich am Freitag der Redakteur des „Lübecker Volksboten“, Genosse Stellung, vor der Lübecker Strafkammer zu verantworten. In einem Aufruf zur roten Woche hatte unser Lübecker Parteiblatt auch Vergleiche an der polizeilichen Behandlung der Hünke-Gardisten, des Keilung usw. angeknüpft. In einem Satze dieses Aufrufs soll nun nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Angeklagte zum Ausdruck gebracht haben, der Polizeikommissar Keilung habe im Auftrag der Berliner Polizei in Wohnen den Maschinenmeister Solinger erschossen. Der Verteidiger, Genosse Heine (Berlin), beantragte, Keilung darüber vernemen zu lassen, daß er bis zu seiner Abreise nach Leitmeritz in Berlin von der Polizei als Agent und Spion, namentlich zur Überwachung von Streikenden bei Arbeitskämpfen, verwendet worden ist, daß er auf Grund dessen die Erlaubnis zum Waffentragen erhalten hat, trotzdem der Berliner Polizei seine vielen Vorstrafen bekannt waren und daß er als Streikbrechervermittler für jeden vermittelten Arbeitswilligen 20 Mark vom Arbeitgeber-Schutzverband erhielt und sich auch im Auftrag des Lehrern in Leitmeritz aufhielt. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab, indem es diese Tatsache ohne weiteres als wahr unterstellte. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis, das Gericht erkannte auf 300 Mark Geldstrafe eventuell 60 Tage Gefängnis. Strafantrag hatte der Polizeipräsident v. Jagow gestellt.

Sieg der sozialistischen Einigkeit. Aus London wird uns geschrieben: Die Urabstimmung der British Socialist Party über die Vorschläge zur Herstellung der sozialistischen Einigkeit in England ist beendet. Sie hat eine Mehrheit zugunsten der Einigungsvorschläge ergeben. Die genauen Zahlen können noch nicht mitgeteilt werden, aber mit einer starken Minderheit gegen die Vorschläge mußte von vornherein gerechnet werden. Es bleibt nun nur zu hoffen, daß sich die Minderheit den Beschlüssen der Mehrheit schlag fügt. Die Verhandlungen und die Einigungsvorschläge sind, wie erinnerlich, unter der energischen, aber taktvollen Mitwirkung des Internationalen sozialistischen Bureaus, das zu diesem Zweck im Dezember vorigen Jahres auch eine Plenarsitzung in London abhielt, zustande gekommen. Die Vorschläge sind die folgenden:

1. Die B. S. P. folgt dem Beispiel der beiden andern sozialistischen Organisationen Englands, der Independent Labour Party und der Fabian Society, indem sie sich der Arbeiterpartei anschließt;

2. die drei sozialistischen Organisationen bilden sodann eine Föderation zu Propaganda- und sonstigen Zwecken unter Beibehaltung ihrer unabhängigen organisatorischen Existenz;

Es ist zu erwarten, daß der Vorstand der B. S. P. die Entscheidung der Urabstimmung ohne jeden weiteren Aufschub durchzuführen wird. Er wird zunächst beim Vorstand der Arbeiterpartei um den Anschluß nachsuchen, was die Arbeiterpartei hatuntergemäß ohne weiteres gewähren wird. Nachdem der Anschluß an die Arbeiterpartei vollzogen ist, werden die drei sozialistischen Organisationen an die Schaffung eines gemeinsamen Rates schreiten. So dürfte die Einigung in kürzester Zeit vollzogen sein und die englische Arbeiterbewegung wird nicht nur auf dem Wiener internationalen Kongress, sondern ohne Zweifel auch schon bei den nächsten allgemeinen Parlamentswahlen, wann immer sie aus stattfinden mögen, als eine geeinigte Partei erscheinen.

Mit dem Siege der sozialistischen Einigkeit beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung. Lang und schwer ist auf diesen Erfolg gekämpft worden, und große Hoffnungen werden auf ihn gesetzt. Die B. S. P. vereint nun immer in sich viele der hingebendsten und hartenkämpfenden Klassenkämpfer und das gründliche sozialistische Wissen, das

England aufzuweisen hat. Diese Kräfte, die infolge der Isolierung der B. S. P. bisher entweder brach lagen oder in falsche Bahnen gelenkt wurden, werden nun endlich freigelegt, um vereint mit der Arbeiterbewegung, für sie und in ihr zu wirken. Um erstrebenswert zu wirken, wird die B. S. P. viel Klugheit, Takt und Geduld an den Tag legen und sich vor allem mit der F. L. P. aufs engste verständigen müssen. Dann werden die Mühe und die Selbstüberwindung reichlich gelohnt werden in der raschen Entwicklung der Arbeiterpartei zur klassenbewußten Sozialdemokratie und zu ihrem Aufstieg zur politischen Macht.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Zum Kasseler Brauereiarbeiterkreis. Wie immer und überall, so glauben auch hier in Kassel die aus Hamburg importierten Hingebredler, die eine weitere Vermehrung um 50 Mann erfahren haben, die Herren der Straße zu sein. In unverkennbarster Weise machen sie sich breit und einer erklärte in einem Arbeiterlokal: „Wer mir zu nahe kommt, dem drehe ich mein Messer im Leibe herum!“ Nur der Besonnenheit der anwesenden Arbeiter war es zu danken, daß es weder zum Streik noch, wie es ja der Wunsch dieser Kausreifer war, zu Blutergüssen gekommen ist. Im übrigen scheinen die Kasseler Brauereiarbeiter allenthalben nach Kausreißern zu suchen und sie werden dabei von einem Agenten Hans Pfeiffer aus Weimar unterstützt. Dieser Agent konnte allerdings erst einen Mann liefern und holte dabei noch das Besondere der Arbeitswillige durch die Streikposten abgefangen und befehrt werden konnte.

Streikmitt. Auch der jüngst beendete Dortmunder Fuhrmannstreik soll eine Reihe gerichtlicher Nachspiele im Gefolge haben. Ein Dortmunder Blatt berichtet vor einiger Zeit schon, es seien 80 Auflagen eingeleitet und es werde die Bildung einer besonderen Streikkammer erwogen. Man habe sich im Ruhrbezirk schon an die Massenstreikmitt gelehrt, seit den Tagen des Bergarbeiterstreiks. Inzwischen scheint es doch nicht so schlimm zu werden, denn jetzt wird berichtet, daß in den meisten Fällen die Anklagen fallen gelassen wurde; „nur“ gegen 20 bis 30 Streikführer werde verhandelt werden. Während des Streikes hat die bürgerliche Presse die tollsten Geschichten über Mißhandlungen, Sabbotagefälle usw. verbreitet — alles was erlangen, um den Unternehmern zu dienen und die Arbeiter niederzuknütteln.

10. Verbandstag des Holzarbeiter-Verbandes.

kr. Dresden, 25. Mai.

Erster Verhandlungstag.

Der Verbandstag hält seine Sitzungen im „Kristallpalast“ ab. Leipzig und Lauter (Dresden) wurden zu Vorsitzenden bestimmt. Eine sehr lebhafte Geschäftsordnungsdebatte leitete die Verhandlungen ein. Es handelte sich um die Forderung, den Werftarbeiterstreik als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung mit 111 gegen 82 Stimmen — die besondere Erörterung der Angelegenheit beschlossen. Dann folgte der von Leipzig erstattete Vorstandsbericht. Der Redner würdigte die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Wirkung auf die Organisation.

Das vom Verband herausgegebene Jugendblatt hat die Aufgabe, den Lehrlingen eine gute fachtechnische Ausbildung zu vermitteln, sie und die jugendlichen Arbeiter für die Gedanken der Organisation empfänglich zu machen. In Rücksicht auf die große andauernde Arbeitslosigkeit hat der Vorstand keine Vorlage betreffend Gehaltsregelung der Verbandsangestellten unterbreitet. Die Versicherung der Verbandsangestellten gegen Unfall soll als Verbandsangelegenheit eingeführt werden. Herr Dr. Heilert ist beauftragt worden, eine Geschichte des Litzbergerwerkes zu schreiben. Mitglieder, die der Organisation 25 Jahre angehören, sollen ein Ehrendiplom erhalten. Das hat unter anderem auch einen agitatorischen Wert. — In gewissem Umfang dürfte der Rückgang der Mitgliederzahl auf die neue Militärpflichtige eingeleitet sein. Bisher wurden 2000 Bücher Militärpflichtiger eingeliefert, im letzten Herbst 3000. Zwei Jahrestellen, Berlin und Hamburg, haben den Vorstand bereits zur Verfügung gestellt. Berlin wegen eines Heftes aus Anlaß der Einweihung des eignen Heims, Hamburg wegen des Werftarbeiterstreiks. Darüber werden wir uns ja gründlich aussprechen. Unser Mandat ist heute erledigt. Sie können darüber verfügen. Eine mühevolle Sache hat mir die auf der letzten Generalversammlung bewilligte, aber nicht geforderte Gehaltserehöhung eingetragen. Gegen die bekannte Politischerklärung hat der Vorstand Klage eingereicht. In seiner Klagebeantwortung erklärt der Polizeipräsident von Berlin, alle der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften würden als politische Vereine behandelt. Begründet wird das mit der sozialpolitischen Tätigkeit der Generalkommission. Das muß festgestellt werden, die sozialpolitischen Eingaben haben bisher wenig oder gar nichts gekostet. Will man aus das Petitionieren verbieten, sind wir nicht schuld daran, daß der letzte Rest des Vertrauens zur Regierung verloren geht. Dann müssen wir den Weg der Selbsthilfe beschreiten. Das Schreiben nach Staatshilfe muß man den Agitatoren überlassen. Ich hoffe, die Generalversammlung wird unsere Arbeit und unsere Absichten anerkennen. (Beifall.)

Der Kasseler König gibt Erklärungen zum Klassenbericht. Weil Gegner die Bekanntgabe von Veruntreuungen in gefährlicher Weise ausgebeutet haben, unterließen wir die Mitteilungen im Jahrbuch. Mit rücksichtsloser Strenge wird aber jeder Fall von Unregelmäßigkeiten verfolgt. Die Zahl der Veruntreuungen ist zurückgegangen.

Palm (Berlin) beurteilt die Verleihung eines Ehrendiploms. Wir wollen keine Orden und Ehrenzeichen. Die Dauer der Mitgliedschaft beweist nichts für die Verdienste um die Organisation. Mit solchen Geschichten verunpelt man immer mehr. (Lachen.) Klein (Hamburg) verteidigt die dortige Mitgliedschaft. Schütter (Bremerhaven) wünscht, daß im Jugendblatt angegeben wird, wozu die Jugendlichen in ihrer Beziehung gehören. Bei den weiteren Debatten spielte das Ehrendiplom noch eine große Rolle.

Verbandstag der Staats- und Gemeinbedienten.

kr. Hamburg, 25. Mai.

Am Montag begannen hier die Verhandlungen des 7. Verbandstages der Staats- und Gemeinbedienten im Gewerkschaftshaus. Zu Vorsitzenden werden Schönberg (Hamburg) und Marek (Berlin) gewählt.

Im Geschäftsbericht weist der Verbandsvorsitzende Koch darauf hin, daß die beiden Berichtsjahre im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges standen und daß diese Tatsache auf die Entwicklung des Verbandes nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Auch die Stadverwaltungen haben gleich den Unternehmern größere Arbeiten zurückgestellt. Die rasche Aufwärtsentwicklung des Verbandes ist einem langsamern Tempo gewichen. Erfreulich

kleine Chronik.

Ein Todesopfer der Dürener Explosionskatastrophe.

Bis Montag abend sind von den 37 in das Dürener Krankenhaus eingelieferten Verletzten 25 nach ambulanten Behandlung entlassen worden.

Ein Zuchthäusler als Leiter eines Kinderheims.

Als alter Zuchthäusler entpuppte sich der Verwalter des Kindereignungsheims in Stolpmünde, Köpper.

Sein Baden ertrunken.

Sein Baden in den Bruchteichen bei Neu-Charlottenhof sind zwei jugendliche Grubenarbeiter ertrunken.

Der Tod im trügerischen Moor.

Als der Guisvorstand Danappel aus Contienen bei Königberg mit dem Vertriebsingenieur Schöber eine feierliche Stelle an einem Nebenflusse der Pegel passierte, veranlaßten beide im Moor.

Beurteilter Offizier.

Das Kriegsgericht der 1. Division in München beurteilte den Leutnant Friedrich Remmer vom 7. bayerischen Infanterie-Regiment in Bayern zu 1 Monat Gefängnis und Entziehung aus dem Heere wegen falschen Kuppens und wegen Betrugs.

Selbstmord durch eine Dynamitpatrone.

Auf ansehnliche Weise verstarb der 43jährige Bergarbeiter Richard Otto in Dbergruna bei Köthen Selbstmord.

Die Preisträger im Prinz-Heinrich-Flug.

Nach Abschluß der im Rahmen des Prinz-Heinrich-Flugs ausgetriebenen verschiedenen Wettbewerbe fand Montag abend in Berlin die Preisverteilung statt.

In 8 1/2 Stunden 1100 Kilometer.

Der Württembergische Katerow, der Montag morgen 8.30 in Siedau aufgegeben war, ist abends 8.30 in Gaildorf gelaufen.

Ein iralisches Luftschiff zerbrach.

Das iralische Luftschiff Nr. 3 ist am Sonntag von Sarnen abgenommen worden und zwar unter Umständen, die keine mehrere Personen des Lebens gefährden könnten.

Reisemittlungsamt.

Präsident Gumbel und Gumbel in der Nähe von Gaildorf ergriffen sich am Sonntag durch das Sinken eines Luftschiffes an einer Seite ein Mitternacht.

Sieben Kinder verbrannt.

In der Ortschaft Bannhagen unweit Petersburgs brach im Rahmen eines Holzhauses Feuer aus, das mit ungeheurer Gewaltigkeit das ganze Gebäude ergriff.

Bereine und Versammlungen.

Gemeindefreier

Am 16. Mai fand im „Sachjenhof“ eine stark besuchte Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

In der Diskussion sprach man sich im Sinne des Referenten aus. Vor allen Dingen sei es notwendig, daß sich die Verbandskollegen mehr als bisher auf ihre Pflicht besinnen und sich nicht durch unnötige Zänkereien das Leben verbittern.

Bereins-Kalender.

- Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde bei W. Luchtel, Knochenhauerufer 27/28. 306
Erster Neue Neuhäuser Arbeiter-Radfahrerverein. Jeden Freitag Übungsstunde im „Weißen Hirsch“. 307

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level changes. Includes locations like Jungbuslau, Straußfurt, and Dejan, Muldebr.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Heckenpferd-Feife die beste Säuglingsmilch-Feife für gatte weisse Haut à Flk. 50.

ist, daß trotz alledem die Zahl der vollzahlenden Mitglieder gestiegen ist. Die gewerkschaftlichen Betriebe werden in immer größerer Zahl besonders in Süddeutschland eingerichtet.

Für die Sektion des Krankenpflegepersonals erläuterte Marose (Berlin) den schriftlichen Bericht. Die Abgeschlossenheit des Personals bereitet der Agitation große Schwierigkeiten.

Den Kassenbericht gibt Ahmann. Zwar sind durch den geringeren Mitgliederzuwachs die auf dem letzten Verbandstag gehegten Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen.

Zum Bericht über das Verbandsorgan stellt der Redakteur Dittmer fest, daß die Zeitung sich gut entwickelt habe und besonders bestimmte Artikel ihre Wirkung nicht verfehlt hätten.

In der Diskussion behandelte der Gauleiter Strunk und Romm (Stettin) ausführlich den Stettiner Streik, den größten, den der Verband bisher zu führen hatte.

Hedmann (Rheinheim) ist von dem Bericht des Redakteurs sehr befriedigt. Der schriftliche Bericht des Vorstandes dagegen genüge ihm nach Form und Inhalt keineswegs.

Nach dem Bericht der Kandidatprüfungs-Kommission, den Reiser (Magdeburg) erörtert, sind 98 Delegierte, 19 Gauleiter, die Vertreter des Vorstandes und als Vertreter der Generalkommission der Genosse Wolf Cohen (Berlin) anwesend.

Verband mitteldeutscher Konsumvereine.

In einem Vortrag über Grundzüge über die Einführung eines neuen Absatzes nahm hierauf Kaufmann (Hamburg) das Wort. Rande Genossenschaften haben während der letzten Jahre die Einführung gewonnen.

In der Diskussion hob Reus (Dessau) hervor, daß die Gewöhnung von Mitvergütung im Grunde genommen gar nicht genossenschaftliches sei.

Die Berichte über die Studienreise nach England und den internationalen Genossenschaftstag in Glasgow wurden eingehend diskutiert und der Umstand, daß die Studienreise wiederholend an demselben Ort besucht werden ist, von der Tagesordnung abgesetzt.

Nach Genehmigung des Protokolls für 1915 wurden Tabellen angenommen. Als Vorstandsmitglieder wurden Ahmann (Hamburg) und Weddig (Kassel) sowie Böjche (Lüneburg) als Stellvertreter gewählt.

Die Zahl der Vereine zur Gründung des Genossenschaftstages in Preußen wurde auf fünfzehn festgelegt mit einer Gesamtheit von 40 Vereinen.

Da besondere Entschlüsse aus den Vereinen nicht vorliegen, war nicht Tagesordnungspunkt gegenwärtig. Als Ort für die Gründung des Verbandstages 1915 wurde Bernau in der Provinz Brandenburg bestimmt.

KNORR

Als Krankenkost und Kinderernährung wählt man seit 40 Jahren

Knorr-Hafermehl.

Das Paket kostet nur 30 Pf.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 121.

Magdeburg, Mittwoch den 27. Mai 1914.

25. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Sozialdemokratischer Verein Anhalt I.

Am 21. Mai in Dessau tagte am Sonntag die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 1. anhaltischen Wahlkreis Dessau-Zerbst. 22 Orte haben 52 Delegierte entsandt. Es nahmen außerdem teil der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine und vom Bezirksvorstand Genosse Weim. Der schriftliche Bericht des Sekretärs, Genossen Linke, stellt einen erfreulichen Aufschwung in der Mitgliederzahl fest. Im 712 männliche und 270 weibliche Mitglieder, zusammen 982, ist der Verein gewachsen. Er zählte am 31. März 1914 4616 männliche und 2134 weibliche, zusammen 6750 Mitglieder. Bei der Reichstagswahl 1912 stimmten 15 450 für unsere Partei. Zur Zahl der Stimmen ist das Verhältnis der Organisierten mit Ausschluß der weiblichen 20,88 vom Hundert. Einige Städte zeigen besonders gute Organisationsziffern. So Maguhn 44, Bobbau 45, Allen 40, Roschwitz 36,84, Dessau 34,50, Zerbst 34 Prozent. Der Bericht stellt fest, daß die Einführung des Wochenbeitrags und die damit verbundene Erhöhung des Beitrags keine Schwächung, sondern eine erfreuliche Stärkung der Organisation zur Folge hatte. Die Schwarzzeiter haben nicht Recht bekommen. Das Gegenteil all der bösen Prophezeiungen ist eingetreten. Die Kasse balanciert mit 21 821,15 Mark in Einnahme und Ausgabe. Der Kassenbestand betrug am Jahreschluß (31. März 1914) 3604,80 Mark. An Beiträgen sind 19 775,95 Mark, an Eintrittsgeld 282,20 Mark, an Ertragsbeiträgen 538 Mark vereinigt. Aus den Beiträgen wurden 18 677,73 Mark der Kreiskasse zugeführt. An den Parteivorstand wurden 3955,19 Mark abgeführt. Für Agitation sind durch die Kreiskasse 2267,51 Mark, durch die Filialen 874,94 Mark ausgegeben. Die Sterbeunterstützungs-Vereinigung zählte 4435 Mitglieder. An die Hinterbliebenen von 32 verstorbenen Mitgliedern wurden je 100 Mark, zusammen 3200 Mark ausgezahlt. Die Ehrung dieser Verstorbenen durch den Verein erforderte 568,81 Mark.

Genosse Linke verwies in dem mündlichen Bericht auf die bevorstehende Landtagswahl, die unter dem neuen Wahlrecht im Herbst stattfindet. Das ewige Verlangen nach zugkräftigen Rednern sei unerfüllbar und ein Zeichen mangelnden Interesses in Arbeiterkreisen. Der schlechte Besuch der Versammlungen könne auch gar nicht dauernd gehoben werden durch Redner mit bekannten Namen. In der Debatte werden diese Berichte besprochen. Die Genossinnen beklagen die mangelhafte Berücksichtigung der für sie getroffenen Parteibeamtungen. Der Sekretär solle mehr in den Filialen als Vortragender wirken.

Ueber die politische Lage im Reich referiert sodann Genosse Wolfgang Heine (Berlin). Er behandelt die äußere und innere Politik. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Ueber die Besichtigung des Würzburger Parteitags spricht Genosse Deist. Der Vorstand empfiehlt die Besichtigung durch zwei Delegierte. Dementprechend beschließt die Versammlung. Angenommen wird ein Antrag, Kreisparteiwoche nicht mehr stattfinden zu lassen.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Ihm gehören die Genossen Paulus als Vorsitzender, Sens als Kassierer und Ehnert als Schriftführer, die Genossen Korsey und die Genossen Sinjel und Deist als Beisitzer an. Genosse Paulus gab zum Schluß einen Ueberblick der Arbeiten der Generalversammlung.

Wahlkreis Ochersleben-Halberstadt-Bernigerode.

Wieder ein Deesen-Prozess.

Am Montag fand in Halberstadt Verhandlung wegen Verleumdung des national-liberalen Wahlkreisvorsitzenden Deesen gegen unsern Parteisekretär Paul Weber statt. Als im August vorigen Jahres die Krankentafelwahl und kurze Zeit darauf die Stadtverordneten-Ergebniswahl stattfand, nahmen die Genossen Berg und Schulze Stellung gegen Deesen, dieser klagte und Schulze und Berg sowie der Verantwortliche der „Volksstimme“ wurden wegen Verleumdung Deesens verurteilt. Als in den bürgerlichen Wählern die Gerichtsverhandlung kurz und einseitig gebracht wurde, sah sich Genosse Weber genötigt, die Verhandlung in einem Flugblatt zu veröffentlichen.

In dem Flugblatt waren neben der Urteilsbegründung die Ausführungen der Rechtsanwältin und die Veranlassung zum Prozeß wiedergegeben. Dadurch fühlte sich Deesen abermals beleidigt und deshalb der Prozeß. Unserm Genossen stand als Rechtsbeistand Wolfgang Heine (Berlin) zur Seite, während Deesen durch Dr. Heine vertreten wurde. Vorsitzender Amtsgerichtsrat Kühne folgte aus einigen Stellen des Flugblattes, daß es nicht eine objektive Wiedergabe der Verhandlung sein sollte, sondern eine einseitige. Das gehe auch daraus hervor, daß einige Rednerworte aus der Verhandlung im Flugblatt umgangen wurden. Weber erklärt, daß es ihm in der Hauptsache darauf ankomme, ein objektives Bild zu geben und zu zeigen, wie die Deesen'sche Taktik von unserer Seite betrachtet und eingeschätzt werde. Dr. Heine versucht nachzuweisen, daß in dem Flugblatt arge Verleumdungen enthalten sind. Das damalige Gerichtsurteil beweise, daß alle darin enthaltenen Wendungen wie: „das System Deesen ist elend zusammengebrochen“ und so weiter unwahr sind. Er verweist den Nachweis zu erbringen, daß in der Rede Wolfgang Heines grobe Verleumdungen Deesens enthalten seien. Dies wußte auch der Angeklagte, denn Wolfgang Heine ist Berliner und kennt die Verhältnisse hier nicht, hat vielleicht auch nicht genügend nachgeprüft. Einen Vorwurf über die Höhe der Strafe stellte Dr. Heine nicht, erwartet aber eine gebührend hohe Geldstrafe.

Genosse Wolfgang Heine verwies Dr. Heine darauf, daß seine heutige Rede eigentlich in den vorigen Prozeß gehörte.

Vortragsabend.

Magdeburg, den 25. Mai.

Hermann Rottle, ein Revisor aus Neuport, veranlaßte in der Stadtkommission unter Mitwirkung von Kurt Dippner (Klavier) einen Vortragsabend, an welchem er Alfred Dennysons „Enoch Arden“ vortrug. „Enoch Arden“ ist eine Erzählung aus dem englischen Seemannsleben, in welcher der gleichnamige Held der Handlung nach langen Jahren in die Heimat zurückkehrt und sein Weib als Wittwe eines andern findet. Er verzichtet auf seine älteren Rechte und scheidet unerkannt. Die dichterische Sprache Dennysons ist ein Meisterwerk, das selbst in der Uebersetzung erkennen läßt wie treffend sich der englische Autor schauspielerisch bewegt. Zu diesem Seemannsstück hat Richard Strauß eine Musik geschrieben, welche den reflektierenden Gang der Erzählung getreulich begleitet und dem matten resignierten Zug viel von seiner inneren Wirkung nimmt. Hermann Rottle ist ein Vortragskünstler, der durch den Wohlklang und die Stärke seines tonisch sehr wandlungsfähigen Organs überrascht. Man darf ihn als einen Künstler bezeichnen, der besonnen und anerkannten Rezipienten an die Seite gestellt werden darf. Besonders in den erschütternden Szenen — und die gibt es — „Enoch Arden“ nicht wenige — war er von großer Wirkung. Sein Begleiter am Klavier unterstützte ihn durch die stimmungsvolle Musik in bester Weise.

da diese sich in der Hauptsache gegen ihn selbst und nicht gegen Weber richtete. Im vorigen Termin, sagte Heine, konnte ich die Freisprechung der Angeklagten nicht beantragen. In diesem Termin liegt das anders. Ich beantrage Freisprechung. Es handelt sich um das Recht der Presse. Weber ist Angestellter der Partei, die mit den unberechtigten und schwersten Unmürfen bedacht ist. Er hatte die Pflicht dieses zurückzuweisen. Das Flugblatt ist, wenn auch nicht in allen Teilen wörtlich, so doch objektiv gehalten. Mit der ausführlichen Wiedergabe meiner Rede befand sich Weber ebenfalls im Rechte. Wenn Dr. Heine sagte, daß ich mich nicht in den zulässigen Grenzen gehalten habe, so stimmt das nicht, denn der Herr Vorsitzende sowie mein Gegner selbst würden sich dagegen verwahrt haben. Alle meine damals gemachten Ausführungen halte ich auch heute aufrecht und wiederhole, daß solche Machinationen eine Vergiftung des politischen Kampfes darstellen. Dr. Heine macht die Angaben des 20-Mark-Flugblattes zu seinen eigenen. Wenn Dr. Heine sagt, der Name des Bandenführers könnte noch heute genannt werden, so steht fest, daß Herr Deesen bis heute noch nicht ein einziges Mal solches erwähnt hat. Es ist falsch, wenn Dr. Heine sagt, die Sozialdemokraten würden den Mann sofort ruinieren. Die Ausnahme liegt nahe: wüßte Herr Deesen den Namen, er würde dies sicherlich gegen die Sozialdemokratie ausnutzen. In den Angaben Deesens sieht Weber eine Zurechtweisung der öffentlichen Meinung. Aus dem Flugblatt ist auszufolieren: meine Ausführungen sowie die tatsächlichen Beweise, ebenso das Urteil, das am Schluß des Flugblattes richtig wiedergegeben ist. Der Ausbruch meines Gegners im letzten Termin: „Fast scheint es, daß nicht die Angeklagten, sondern Herr Deesen auf der Anklagebank sitzt“, zeige doch, daß Herr Deesen damals nicht gerechtfertigt aus dem Prozeß herausgegangen ist. Kein einziges Schimpfwort ist in dem Flugblatt enthalten. Mit Recht ist im Flugblatt von Unwahrheit gesprochen, denn Unwahrheit ist es auch, wenn man etwas aus einem Zusammenhang herausläßt, um einen andern Eindruck zu erzielen. Weber hat weder in der Form noch in den Tatsachen Deesen beleidigt. Es liegt nur eine Wiedergabe der Verhandlung vor, die gerechtfertigt ist. Wollte das Gericht, wie es mein Gegner verlangt, den § 186 noch in Anwendung bringen, was nicht unmöglich ist, so weise ich schon jetzt darauf hin, daß ich dann neue Beweisanträge stelle.

Der Verteidiger Herr Deesen, Dr. Heine, wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß seiner Ansicht nach, der letztere in seinen Angriffen auf den Gegner heute wesentlich vorzichtiger sei als in der vorigen Verhandlung. Die damalige Rede habe die größten Verleumdungen enthalten. Wohin sollte es führen, wenn es gestattet ist, alle Verleumdungen, die bei Verhandlungen vor Gericht ausgesprochen werden, in den Berichten der Presse zu wiederholen. Wieso der Angeklagte als Unbeachteter an dem vorigen Prozeß bei Abfassung und Verbreitung des Flugblattes in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat, sei unbegreiflich. Dem Angeklagten kam es darauf an, den Privatkläger in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Das gehe auch daraus hervor, daß seine, des Verteidigers Dr. Heine, Ausführungen in ganz unzureichender Weise im Flugblatt gebracht worden sind. (Dazu ist zu bemerken, daß das an dem Herrn Dr. Heine zum größten Teile selbst liegt. Seinen Ausführungen zu folgen, ist allen Berichterstattern schwer, da er die einzelnen Verhandlungspunkte hundertmal durcheinander behandelte. D. B.)

Rechtsanwalt Wolfgang Heine bemerkte, wenn von jener Seite behauptet wird, daß in dem fraglichen Artikel Deesens im „Intelligenzblatt“ keine unwahren Behauptungen aufgestellt worden sind und der Vorwurf des Mißbrauchs der Krankentafel für sozialdemokratischen Parteizwecke nicht gemacht worden sei, dann ist das falsch. Wiederholt äußerte der Verteidiger, daß die Kennzeichnung der Kampfesweise Deesens durchaus zutreffend ist und daß er jedes Wort, was er in dieser Beziehung in der vorigen Verhandlung gesagt habe, auch voll aufrechtserhalte. Was Dr. Heine von dem Terrorismus der Sozialdemokratie auch heute wieder gesagt habe, läuft daraus hinaus, daß es eben eine ganze Anzahl Leute gibt, die in einseitiger Weise die Ansicht vertreten, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt, sei das immer schlimmster Terrorismus, während auf der andern Seite die verwerflichsten Mittel als erlaubt gelten. Daß Dr. Heine bei meinem Klienten die Wahrung berechtigter Interessen in Frage stellt, ist unbestreitbar. Weber ist in dem Falle nicht ein beliebiger Parteisekretär, sondern der Sekretär des Sozialdemokratischen Vereins dieser Stadt. Er hat also die Interessen des Vereins zu vertreten und wahrzunehmen. Herrn Deesens Angriffe richteten sich gegen sozialdemokratische Erziehung und Mißwirtschaft usw. am Orte. Zum Schluß wandte sich Wolfgang Heine in scharfen Ausführungen gegen Dr. Heine, weil dieser gesagt habe, daß er die Ehre eines andern nicht schätze und seinen Gegner beleidige.

Der Angeklagte Weber macht geltend, daß es ihm fern gelegen habe, Herrn Deesen zu beleidigen. Der von jener Seite seit Jahren geführte ungeschickte Kampf, der sich fortwährend durch neue Angriffe verschärft habe, bringe es mit sich, daß darauf geantwortet werden muß. Es wäre schon besser und angenehmer, wenn der politische Kampf in Zukunft am Ort in sachlicherer Form geführt würde. Genosse Weber beantragt seine Freisprechung.

Das Urteil.

Nach halbhündiger Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil. Der Angeklagte ist der öffentlichen Verleumdung schuldig; er wird deshalb zu 300 Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Nichterleidungsfall für je 5 Mark 1 Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Der Angeklagte hat das Flugblatt nach seiner Angabe verfaßt, um einen objektiven Bericht der Verhandlung zu geben. Wenn das der Fall wäre, so liegt die Frage nahe, warum er nicht den Bericht, der in der „Volksstimme“ erschien, dazu benutzte. Das Flugblatt ist, das besagt schon die Ueberschrift, zu dem Zwecke verfaßt und verbreitet, um den übeln Eindruck, dem die Verurteilung der damaligen Angeklagten verurteilte, abzumildern. Auch der § 193 schützt den Angeklagten nicht, denn, wollte er einen objektiven Bericht geben, so mußte er auch die Ausführungen des gegnerischen Rechtsanwalts voll zur Geltung kommen lassen und nicht nur die Rede seines Rechtsanwalts in Sperrdruck hervorheben. Auch das Gerichtsurteil des Prozeßes ist im Flugblatt nicht genügend berücksichtigt. Er mußte deshalb verurteilt werden. Strafmildernd ist, daß der Angeklagte noch nicht bestraft ist. Es wird daher auf obige Strafe erlassen.

Halberstadt, 26. Mai. (Das Ergebnis) der Beschlusssitzung der Parteivorstände zu dem Verordnungsamt der Stadt Halberstadt ist folgendes: Liste A (Gewerkschaftsliste) erhielt 337 Stimmen. Liste B (Bürgerliche) 3248 Stimmen. Von den sechs Beschlusssitzungen entfallen auf Liste A vier und auf Liste B zwei Vertreter.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Niederndorleben, 26. Mai. (Unser diesjähriges Gewerkschaftsfest) findet am zweiten Pfingstfesttag statt. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, sich an der Veranstaltung zu beteiligen. (Siehe Interim.)

Mühlhaldensleben, 26. Mai. (Der Sozialdemokratische Verein) hielt am Sonnabend eine Mitgliederversammlung ab, die mäßig besucht war. Bei der Wahl zum internationalen Kongreß werden 2^{te} Stimmen gezählt. Als Delegierte zur Kreisversammlung, die am 21. Juni in Mühlhaldensleben stattfindet, werden gewählt die Genossen Berg, Pilz und die Genossen Pasemann. Es wird erneut der Antrag gestellt, die Anstellung eines Kreisparteisekretärs mit dem Sitz in Neuhaldensleben zu beschließen. Scharf kritisiert wird, daß schon zum zweitenmal keiner von unsern drei Gemeindevorsetzern anwesend ist, um den Bericht von den Gemeindevorsetzere-Sitzungen zu geben. Sodann wurden einige Verwaltungsangelegenheiten erledigt.

Kolbitz, 26. Mai. Am Sonntag fand die Saalweihede des hiesigen Gewerkschaftshauses statt. Der Arbeiter-Radsportverein Rogatz besichtigte den Tag mit Reigen- und Kunstfahrten. Am Abend hielt Genosse Otto Gildenpennig eine anfeuernde Rede. Er schilderte die langjährigen Bemühungen der hiesigen Arbeiterchaft um ein Sozial. Da sich die Galtwirte den wiederholten Anträgen der Sozialkommission gegenüber immer wieder ablehnend verhielten, wurde nun der langgeplante Plan, ein eigenes Heim zu gründen, ausgeführt. Der hiesige Arbeiter-Gesangverein erfreute durch einige schön vorgetragene Lieder. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß es eine Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters ist, im Gewerkschaftshaus zu verkehren.

Ummendorf, 26. Mai. (Neues Leben.) Unweit der wüsten Dorfschänke „Selschen“ wird sich binnen wenigen Jahren ein kleiner Ort erheben. Fernab vom allem Durchgangsverkehr kommt der Ort in einsamer Gegend zu liegen. Früher, als das Dorf Selschen noch bewohnt war, war hier von Ruhe und Einsamkeit nichts zu merken. Ueberall Blüthen und Brand waren so ziemlich an der Tagesordnung. Entsetzlich hatten die Bewohner unter diesen Zuständen zu leiden. Kummerlich nährten sie sich von Fischerei, denn von Landwirtschaft und Viehzucht konnte wegen der unaußerseligen Raubfische gar keine Rede sein. Doch endlich kam die Stunde, die auch sie vertrieb. 1488 wurde Selschen total verwüßt, die übriggebliebenen Einwohner zogen nach Ummendorf, wo sie unter der dortigen Burg mehr Sicherheit zu finden hofften. Doch die Morgenröthe einer bessern Zeit leuchtete ihnen auch hier nicht, das sehen wir an den Bauernherbungen im Anfang des 15. Jahrhunderts. —

Wahlkreis Wanzleben.

Sozialdemokratischer Verein des Kreises Wanzleben. Parteigenossen! Der Parteivorstand hat mit den Vereinsobmännern zum diesjährigen Vereinstag Stellung genommen. Festgelegt wurde, daß er nicht, wie ursprünglich vom Parteivorstand geplant war, am 7. Juni, sondern erst am Sonntag den 5. Juli, morgens 10 Uhr, in Egeln stattfinden soll.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsberichte.
2. Die Wanderbibliothek.
3. Stellungnahme zum Parteitag in Würzburg.
4. Stellungnahme zum nächsten Bezirkstag.
5. Erledigung der in den Bezirken gestellten Anträge, soweit sie bei den übrigen Punkten der Tagesordnung keine Erledigung fanden.
6. Wahl der Vereinsfunktionäre.

Anträge.

1. **Klein-Ottersleben:** In allen Orten, wo eine Jugendbewegung besteht, ist diese mehr als bisher vom Zentralauschuß zu unterstützen. Allmonatlich hat mindestens ein Vortragsabend stattzufinden.

2. **Groß-Ottersleben:** Die Meißner hat in Zukunft einheitlich am 1. Sonntag im Mai stattzufinden.

3. **Vereinsvorstand und Vereinsobmänner** beantragen nachstehenden Antrag an den Parteitag zu richten: Durch das Vorgehen der Magdeburger Parteiorganisation werden Parteigrundzüge, die seit Bestehen der deutschen Sozialdemokratie unerschütterlich feststehen, aufgehoben. Der Parteitag muß daher für solche Fälle das Recht der Exekutive eingeklinkt werden.

Der Partitag beschließt deshalb: Sollte die Magdeburger Parteiorganisation es auch weiterhin ablehnen, da, wo ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten einzelner Wahlkreisorganisationen zur Notwendigkeit geworden ist, eine Verhandlung mit diesen einzugehen, ist der Parteivorstand bzw. der Bezirksvorstand diejenige Körperschaft, die die Rechte der benachteiligten Kreisorganisationen mit dem erforderlichen Nachdruck zu schützen hat.

Weiter beschließt der Partitag, daß die Magdeburger der Anforderung des Parteivorstandes und des Bezirksvorstandes nachzukommen und die nachstehenden Bestimmungen:

An den Vorstand sind alle Beschwerden der Vereinsmitglieder zu richten. Auch solche, die sich gegen Inhaber von Mandaten für den Gemeindevorstand, den Landtags- oder Reichstagswahlkreis Magdeburg richten. Werden bei einer Beschwerde Interessen einer anderen Parteiorganisation mit berührt, so ist diese zu verständigen und ein Vertreter derselben zu den Beratungen rechtzeitig einzuladen, aus dem Statut zu entfernen haben.

4. **Diesdorf:** Der Parteisekretär ist fest anzustellen.

5. **Fernersleben:** Der Vereinstag möge beschließen, ein Mitgliederkassenbuch einzuführen, so daß eine gezielte An- und Abmeldung der Mitglieder erfolgen kann.

6. **Westerhüfen** beantragt zum Statut:

a) Zu § 9 Absatz 2 ist hinter dem Worte „Vereinsobmännern“ noch einzuschalten: „Den Parteikommissionsmitgliedern“.

b) Zum Zwecke der Wahlen zum Vereinstag und zum Bezirkstag wird der Kreis in Bezirke eingeteilt. Jeder Bezirk ist eine in sich abgeschlossene Wahlabteilung und wählt seinen Delegierten selbst.

c) Die Diäten für den Vereinstag, Bezirkstag, sowie zum Kreisparteitag und zum Parteitag sollen nicht erhöht werden.

7. **Vereinsvorstand und Vereinsobmänner** beantragen: Die Wahl der Delegierten zum Vereinstag und zum Bezirkstag hat nicht durch Urwahl, sondern nach den früheren bewährten Grundzügen stattzufinden.

Die Wahl der Delegierten zum Parteitag ist geheim und erfolgt in den dazu bestimmten Mitgliederversammlungen. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt auf dem Vereinstage.

Parteigenossen! Die Anregung, den Vereinstag um eine Reihe von Wochen hinauszuschieben, hat die lebhafteste Anerkennung bei den Vereinsobmännern gefunden.

Der Antrag Diesdorf, endlich zur Sollanstellung des Parteisekretärs zu kommen, kann nimmermehr in den einzelnen Versammlungen noch vor dem Vereinstag gründlich diskutiert werden. Ueberzeugt davon, daß die Errichtung eines Parteisekretärs eine bringende Notwendigkeit geworden, kann es die Vereinsleitung nur lieb sein, wenn die Genossen allerorts in ihren Versammlungen das für und Wider gründlich prüfen.

In der Einigkeit liegt unsere Stärke! Gemüthlich muß daher der Vereinstag die angeregten Fragen erledigen können. Soll was geschehen, bedarf es der gründlichsten Aussprache in allen Vereinsorten. Die Zeit dazu ist auch eingeplant, müßt sie, dann wird die künftige Aussprache der Partei zum Ziele dienen.

Mit Parteitag

Der Vorstand. J. A.: Jul. 204.

Klein-Ottersleben, 26. Mai. (Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins) fand am Sonnabend statt. Es wurden die Wahlen zum internationalen

Baugesetz sowie zum Vereinstag der Kreisorganisation erledigt. Weiter beseitigt man noch örtliche Beschränkungen. Keinerlei wies man darauf hin, daß ertliche Schandworte denjenigen, kleinere Gefälle, als sie sonst üblich sind, einzuführen. Die Arbeitererschaft soll es sich angelegen sein lassen, für ihr Geld auch richtiges Gemäß zu verlangen.

Segeln, 26. Mai. (Die Eröffnung des Schwimmbades im Bruch) wird vom Vorstand der Freiwilligen Feuerwehr bekanntgegeben. Die Badezeiten sind wie folgt festgelegt: Für Damen und Mädchen täglich (außer Sonntags) nachmittags von 1 bis 3 Uhr. In dieser Zeit ist das Betreten der Badeanstalt Unbefähigten verboten. Für männliche Personen täglich außer obiger für Damen festgesetzte Zeit von morgens bis abends. Für Knaben täglich außer Sonntags und der Damenbadezeit bis nachmittags 5 Uhr. Hunde dürfen in der Räume der Badeanstalt nicht mitgebracht werden. Absonnementskarten gibt Herr Kaufmann E. Bader aus. Einmalige Schwimm- oder Schwimmfahrten sind an den Vorstand der Freiwilligen Feuerwehr zu richten.

Leimbach, 26. Mai. (Der Hausbesitzerverein in unterm Stadteil, der erst seit kurzer Zeit besteht, hat seine Angelegenheiten bis jetzt immer in aller Stille erledigt. Ueber Zweck und Ziele dieses Vereins blieb deshalb die Öffentlichkeit so gut wie ganz ununterrichtet. Jetzt endlich können sich die Einwohner von Leimbach ein Bild davon machen, was das Betreiben des Hausbesitzervereins ist. In der „Magdeburger Zeitung“ steht folgender Bericht:

Der Leimbacher Hausbesitzerverein hielt am letzten Freitag im großen Saale des „Kaiserhofs“ eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die überaus zahlreich war. Erschienen war auch der Verbandsvorstand; seit jamaidige Hausbesitzervereine Magdeburgs hatten Vertreter entsandt. Mitgeteilt wurde ein Schreiben des Magistrats, wonach die Alterssteuer, Seehäuser und Vodesfrage auf Antrag des Vereins erlaudert werden sollen, und zwar durch elektrische Glühlampen. Es wurde den beteiligten städtischen Körperschaften dafür lebhafter Dank ausgesprochen. Der Verbandsvorstand bespricht die bei der Verlegung des städtischen Haus- und Grundbesitzes. Er empfahl u. a. ein Ausmessen sämtlicher Wohnräume vorzunehmen, um dadurch den Quadratmeterpreis zu erhalten. Dieser Preis mit dem der Baugenossenschaften verglichen, ergebe klar und deutlich, wie teuer die Mieten in den Baugenossenschaften trotz der billigen Hypothekengebühren seien. Die allseitig bekannte sein dürfte, haben gerade diese Baugenossenschaften ihre Mieten erhöht, bevor überhaupt der Hausbesitzer sich zu dieser Maßnahme gezwungen sah. Meiner Vater führte aus, daß es jetzt die höchste Zeit sei, daß sich der Haus- und Grundbesitzer zusammenschließen, denn Staat und Kommune weichen in der Verlegung des Hausbesitzes und in der Entlastung der Baugenossenschaften. Er forderte die Anwesenden auf, jetzt zusammenzukommen und dem Verband Beiräte zu wählen.

Der Zweck der Werbung soll also sein: Mieterhöhungen in Leimbach. Dazu hat man sich den Verbandsvorstand herangezogen, damit er auf die Hauswirte, die immer noch nicht so mitmachen wollen, wie einige der Schatzmeister unter den Hausbesitzern wünschen, einwirken soll. Der Referent hat sich die Baugenossenschaften ausgesucht, um nachzuweisen, daß die Mietpreise in Leimbach viel zu niedrig sind. Alle Diskussionsredner erklärten sich dem für Mieterhöhung. Die Namen der Referent sind leider nicht bekannt, vielleicht sind es aber gerade die Wirte, die schon seit Jahren ständig Mieterhöhungen vornehmen. Man war, erkannte, wie billig die Mieten in Leimbach sind. Das hängt so, als hätten die Hauswirte überhaupt gar nicht gewußt, was sie von der Mieter für ihre Wohnungen bekommen. Na, für so unglücklich halten selbst die Wirte ihren Hauswirt nicht. Man wird wieder an einer notwendigen allgemeinen Erhöhung der Mieten gesprochen. Fernstehende und vor allem die Leiter der „Magdeburger Zeitung“ wollten demnach annehmen, in Leimbach sind überhaupt noch keine Mieter gehoben worden. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß es an Mieterhöhungen in Leimbach überhaupt noch keinen Stillstand gegeben hat. Seit circa 6 Jahren sind die Mieten in Leimbach um 50 Prozent gestiegen. Wenn auch Wasser und Licht angelegt werden ist und hierdurch einige Haushalte den Mieten entkommen sind, so muß doch jeder zugeben, daß die Mieterhöhungen weit über diese Maßgaben hinausgehen. Freilich muß man die Nachfrage nach Wohnungen häufig ans. So hat man am 1. April wiederum Mieterhöhungen vorgenommen. Wohnungen, die bisher 64 Taler gekostet haben, sind auf 75 Taler erhöht worden. Also um 11 Taler auf einen Schlag. Will man das auch mit Belastungen durch den Staat und die Kommune rechtfertigen? So etwas greift tatsächlich bald an Boden! Freilich macht sich der Hauswirt die Mieterhöhungen der Mieten sehr leicht. Er läßt die alten Mieter aussuchen. Der neue Mieter, der sich vorher nicht an den alten Mietpreis bekümmert hat, geht in seiner Unwissenheit dem den erhöhten Preis. Es wäre angebracht, daß sich die Wirte vorher noch den alten Preis erkundigen. Und die Ansprüche der Mieter sollen ein Grund sein, die Mieten erhöhen zu müssen. Was das für Ansprüche sind, kann man nicht erraten. Vielleicht die „Ansprüche“, daß sie sich ihre Wohnungen für ihr Geld selbst neuwertigen lassen müssen? Die Kosten, die für Erhaltung der Wohnungen durch die Mieter aufgebracht werden, sind gar nicht gering und tragen zur Erhaltung des Gebäudes viel bei. Das sollten die Hauswirte beherzigen und nicht unangenehme Differenzen zwischen Wirt und Mieter erzeugen. Noch dazu die Leimbacher Hauswirte; sie selber gehören zum meinsten gutgenutzten Teile des Arbeiterstandes. Sie müssen doch wissen, daß die Mieter bei berechtigten Erhöhungen verständlich genug waren, diese zu bezahlen. Es wäre zu wünschen, daß sich die Wirte nicht neu

einigen Scharfmachern einfangen lassen, damit nicht ein Verhältnis entsteht, wo sich Hauswirt und Mieter als Feinde gegenüberstehen. Die Versammlung der Hausbesitzer nahm dann noch eine Entschliessung an, in der „eine entsprechende Mieterhöhung der Wohnungen zum Ausgleich der verteuerten Hypotheken, der gesteigerten Ausgaben und Ansprüche der Mieter für angehört“ gehalten wird. Den Mitgliedern wird überlassen, die Erhöhung zu bemessen. Es wird sich ja zeigen, wie weit die Hausbesitzer gehen werden.

Wahlkreis Halbe-Afcherleben.

Afcherleben, 26. Mai. (Seiner Verletzungen erlegen) ist der auf Schacht VI berunglückte Steiger Berger.

(Eifrige Petitionen) sind die Anwohner des Bonifazius-Kirchhofs. In einer Eingabe an den Magistrat wurde darum gebeten, die Straße der Gegenwart Rechnung tragend, in Poststraße umbenennen zu wollen. Der Magistrat hat das Gesuch kürzerhand abgelehnt. Man wird nicht zehlgelien, wenn man annimmt, daß dies in Rücksicht auf weitere Straßenbenennungen solcher Art erfolgt ist. So befinden sich außerdem der Stephanuskirchhof, Margaretenkirchhof in unfer Stadt, deren Umbenennungen nicht gut erfolgen könnten. Nicht ganz so dürfte es sich mit der Straße Bonifaziuskirchhof verhalten. Hier bestehen keinerlei äußere Merkmale, die diese Bezeichnung noch rechtfertigen könnten. Zu verstehen ist es deshalb, wenn die Petenten einen weiteren Versuch machen wollten, die Bezeichnung der Straße als „Poststraße“ zu erwirken. Bei dem Gegenverhältnis unserer Stadt dürfte das Vorhandensein der Straße Postberg zu Weiterungen keinen Anlaß geben.

(Kartelligung.) Auf die am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Jesske stattfindende Sitzung wird hierdurch besonders aufmerksam gemacht. (Siehe Inserat in gestriger Nummer).

Groß-Salze, 26. Mai. (Hinweis.) Eine wichtige Versammlung der Mitglieder des Volksvereins findet am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in „Stadt Hamburg“ statt. (Siehe Inserat).

Bimmelte, 26. Mai. (Verheerungen eines Blitzschlags.) Bei dem Gewitter am Sonntag abend wurde, wie die „Volksstimme“ unter Barby schon mitteilte, der Bergmann Paul Schneider vom Blitz erschlagen. Zu dem Unglück wird uns noch berichtet: Schneider lag mit seiner Frau in der zu ebener Erde belegenen Küche, als plötzlich der Blitz in den Schornstein fuhr, von da in die eine Treppe hoch belegene Wohnung des Bergarbeiters Paul Meyer ging und dort verheerende Verwüstungen anrichtete. Von da fuhr der Blitz in die gegenübergelegene Wohnung des Herrn Krautwitz und zerstörte den Kleiderstuhl. Von da kam er sich einen Weg durch die Wand in die Küche des Schneiders und tötete diesen sofort. Auch dessen Frau wurde betäubt, erholte sich aber bald wieder. Auch die Ehefrau des Bergarbeiters Stoppel, welcher unten in demselben Hause wohnte, hat Schrecken gelitten. Ein Glühbirne war es noch, daß die Kerosinlampen nicht in der Wohnung anwesend waren, sonst wären auch sie vom Blitz getroffen worden. Von den Trauertätigen Kindern hat ebenfalls ein Schadeb genommen ein Gehör. Es ist möglich, daß sich die Betroffenen wieder erholen. Der Schlafstürche des Schneiders, welcher in der Kammer schlief, blieb unberührt.

Stettin, 26. Mai. (Automobil und Gange.) Es soll hier nicht von dem Lauf die Rede sein, den die Automobile so oft durch ihr rasendes Räder bewirken, sondern die Menschen und Tiere in Gefahr und mitunter sogar ums Leben bringen, auch nicht von ihrem Vengungswort und auch nicht von dem Sturz, den sie anrichten, sondern von etwas, das aus dem Stande entweicht und das die Autos in verschauerlicher Weise umherzuführen lassen, nämlich von dem Straßenstaub. Wenn bei rassem Räder das Auto durch die Straßen eilt, wirft es große Klumpen des Straßenstaubes gegen die Häuser und Fensterhäuser. Dann hat die Hausfrau die im Erdgeschoss wohnt, zunächst die gefährlich beschleunigten Schritte zu machen und zu denken, was ihr zunächst dann besonders viel Sorgen bereitet, wenn sie eben erst mit dem Staubespeuge fertig geworden ist. Ja, das, was man nach gehen Glas legt sich beschleunigt leicht reinigen. Staubespeuge ist es mit den Staubklumpen, die die Schmutzkümpen zerstreuen werden und dort unvorstellbare Schaden anrichten. So mancher Hauswirt läßt die Straße seines Hauses reinlichlich fischen, um am nächsten Tage nachmachen zu müssen, wie der rasen Staub durch ständige Stöße verunreinigt ist. Dannes Jungens, die eine Kugel, wie sie es so gern tun, beschleichen, werden plötzlich auf die Augen geschleudert, falls sie erwacht werden. Jede solche Staubkugel prallt gegen die Augen wie ein Schuttschlag, großer Unang aber noch etwas bekannt. Aber die Verschmutzung der Häuser durch die stäubigen Staubkugeln scheint ungenügend zu sein. Wie es den Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen angeht, so ergeht es auch der Stellung nachgehender Personen. In unfer guten Stade erzieht die stäubigen Staubkugeln die Autos dann besonders hoch und gefährlich. Das kommt von der Straßenstaubspaltung und Gange. Genau hat die den hohen Staub, daß sie den Staub vorzüglich finden. Die Folge dieser staubigen Staubkugeln ist, daß die Schmutzablösung der Autos nicht nur bei rassem Räder, sondern auch bei langsamem Eintritt, je trockner um so höher. Denn je trockner es ist, um so mehr wird geschleudert und um so mehr Staub findet der Staub. Um so höher geht die Wirkung der staubigen Staubkugeln von unten, die die Autos mit so großer Gewalt als Staubkugeln beugen und in unfer Höhe lockt und weiter umherwehen. Diese Staubkugeln sind viel gefährlicher als die mit Regenwasser getriebenen — denn es ist eben Staub. Kommender Länder die Kleidung man kann gar nicht sagen, wie hoch sie wieder in die Länge wegen der rasen der staubigen Staubkugeln geschleudert für das Gange. Ja, auch und besonders die Kleider, aber auch die Haare, die dadurch leicht ins Schrecken geraten. Das sind in der Tat starke Staubkugeln, die sich beschleunigt lösen und die Autos mit Staub bedecken, daß sie die Autos mit so geringer Fahrgeschwin-

bigkeit in der Stadt vorgefahren und daß die Saugspaltung ein-gestellt wird.

Thale, 26. Mai. (Volksvereinsversammlung.) Genosse Barmann hielt einen Vortrag über internationale Lebensmittelfragen. Der Redner zeigte die Unterschiede zwischen natürlichen und künstlichen Preissteigerungen der Lebensmittel in den verschiedenen Ländern. Hierbei wurde von ihm festgestellt, daß Deutschland in der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel eine Sonderstellung einnimmt gegenüber andern Ländern. Geschildert wurden von ihm die Entschliessung der Balle unter Bismarck, die Unterschiede zwischen Freihandel und hohen Schutzzöllen und die geübte Schutzpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien im Reichstag. Die weitere Stärkung unserer Fraktion und Schwächung der bürgerlichen Lebensmittelverteurer im Reichstag sei durch stärkere Beteiligung bei den Reichstagswahlen notwendig. Der Vortrag fand allgemeine Zustimmung. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Karl Keune, zum Stellvertreter Genosse Gerlach gewählt. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden die Genossen Keune, Gerlach, Guth und Genossin Rodurst gewählt. Bei der Wahl zum internationalen Kongress wurden für Deuis 30, Genossin Vollmann 29, Vader 1 und Haupt 1 Stimme abgegeben. Vom Vorsitzenden wurde noch ein Rundschreiben des Kreissekretärs bekanntgegeben sowie aufgefordert zur pünftlichen Beitragsfälligkeit.

Eingegangene Druckschriften.

Rint verlangte Zulassungen werden nicht zurückgeleitet. Beisprechungen vorbehalten. Wie hier angeführten Bücher und Schriften sind auch durch die Buchhandlung der „Volksstimme“ und deren Kolporteur zu beziehen.

Reinrichers. Eine Hamburger Geschichte von Adalbert Meinhardt (Marie Girch). 304 Seiten. 3 Mark. Gebunden 4 Mark. Leipzig, Giese und Weder Verlag. Der Verlag bemerkt zu dieser Neuerscheinung u. a. folgendes: Im Nachlaß der vor-trefflichen Erzählerin fand sich das druckfertige Manuskript eines Erzählungsromans: wohl das reifste Buch der verstorbenen Schriftstellerin, die, dem Viel Schreiben abhold, sich stets als gewissenhafte Künstlerin bewährte. Das Beste, was man von dem neuen Roman sagen kann, ist vielleicht, daß er belehrt, ohne je die Absicht fühlen zu lassen. Dabei feiert er den Leser von der ersten bis zur letzten Seite und darf daher auch als gute Unterhaltungslektüre angeprochen werden.

Technik für Alle. Technische Monatshefte, Stuttgart, Frandh-jche Verlagshandlung. Mit vielen Abbildungen. Preis vierteljährlich 1,75 Mark. Zu jedem Jahrgang vier Buchbeilagen kostenlos. Märzheft. Aus der Fülle der Inhalts der letzten Seite der interessantesten und empfehlenswertesten Zeitschrift nennen wir hier nur folgende Artikel: Statistische Graphik. Zur Weisheit des Bräutigams. Die Wahrheit über Kanada. Wie ein Schiff entfährt. Im Kampfe mit dem „fliegenden Tod“.

Die israelitischen Propheten. Von Prof. Dr. W. Caspari. 160 Seiten. (Wissenschaft und Bildung.) In Originalleinenband 1,25 Mark. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig, 1914. Der Verfasser stellt seine Darstellung auf die breiteste Basis, indem er uns nicht nur das Wirken der einzelnen Propheten erzählt, in ihre Schriften einführt und die besondern Werte herausstellt, die sie verkörpern, sondern er sucht auch mittels psychologischer Analyse in die geistigen Voraussetzungen des Prophetismus überhaupt einzudringen und seine weltgeschichtliche Bedeutung aufzuzeigen.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 25. Mai. Todesfälle: Natalie geb. Werbig, Ehefrau des Präbendaten Friedrich Sohr, 75 J. 5 M. 12 T. Privatmann Frit Kroeber, 72 J. 9 M. 14 T. Witwe Emma Kulbe geb. Siebert, 71 J. 1 M. 16 T. Witwe Wilhelmine Gankewitz geb. Held, 68 J. 11 M. 17 T. Kutcher-Frau. Friedrich Bergmann, 68 J. 20 T. Oberbahninspektant a. D. Franz Lucas, 66 J. 2 M. 1 T. Invalider Arb. Friedrich Dietrich, 56 J. 8 M. 24 T. Bauarbeiter Karl Daaje, 54 J. 6 M. Marie geb. Fischer, Ehefrau des Arb. Hermann Jüdel, 47 J. 11 M. 21 T. Anna geb. Schmidt, Ehefrau des Privatmanns Karl Hermede in Gera, 45 J. 4 M. 6 T. Initalateur Heinrich Beeje, 33 J. 7 M. 18 T. Willi. S. des Ralters Wilhelm Stolze, 2 J. 5 M. Kurt, S. des Tischhändlers Hermann Trieloff, 8 M. 8 T.

Sudenburg, 25. Mai. Todesfälle: Lehrer Karl Rudloff, 51 J. 2 M. 21 T. Ida geb. Benzlau, Ehefrau des Sold-nieders Karl Koch, 58 J. 17 T. Werner, S. des Arb. Ernst Jötin, 3 J. 10 M. 13 T.

Neustadt, 25. Mai. Todesfälle: Irma, T. des Werkmeisters Robert Luths, 5 M. 10 T. Ilse, T. des Arb. Johann Seidul, 2 M. 3 T. Erich, S. des Kupfers Wilhelm Schwimrad, 10 M. 8 T. Erich, S. des Gärtnereibesitzers Karl Bernstorff, 4 Monate.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Warum wäscht ganz Magdeburg

mit dem neuen Waschapparat „Das kleine Wunder“? Weil es keine Waschmethode oder Waschmaschine gibt, die schneller und besser wäscht und billiger ist. Die unentwerflich letzten Schmutzmaschinen finden am Mittwoch den 27. Mai, nachmittags um 1/2 und abends um 1/8 Uhr in Kortes Bierhallen, Eing. Margareten-straße, und im Berder-Schlößchen, Mittelstraße, statt. — Besuch ist kostenlos und ohne Kaufzwang. Der Apparat kostet 500 Mk. Besucher können den Apparat in den Lokalen für 6,50 Mk. erpalten. 2127

Raucht TAG-Zigaretten! Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. Zigaretten-Fabrik, Stuttgart.

hergestellt zu tariflichen Bedingungen von organisierten Arbeitern. Vertreter für den Regierungsbezirk Magdeburg: Oskar Klein, Magdeburg, Falkenberg 9, Fernsprecher 2406.

Zür Pfingstausflüge
Wünschen Sie gute und bequeme Unternehmung. Sie finden bei uns: Motor- u. Motor-Verkehr, Autos, und Autos in allen Größen und jeder Beschaffenheit. Oberländer, Eisenbahnen, Dampfschiffe, Motor-Boote, Motor-Gelände, Motor- und Motor-Verkehr. Jeder Gast ist willkommen. **Nachmittags in mod. Krabatten!** Solange Sie! Gutes Essen!
Wilhelm Fischer
Herrn Hermann Debusch 2126
Nr. 41 Jakobstrasse Nr. 41
5 Pruzent Rabatt! Mitglied des Arbeitersvereins!

Fahrräder
von 45,00 Mk. an
I. Gebirgsräder 3,00 Mk.
Brimm Gebirgsr. 2,00 Mk.
Kommunikation gute Leistungen!
Reparaturen
aller Systeme prompt und billig.
W. Bock, Sudenburg
Falkenberg 104
Nr. 104 Haberstraße Straße Nr. 104

Völkers berühmte Schnabelweide-Grasbutter
hocharomatisch — kernig — mild
schmeckt am besten!
2127

Billiges Pfingst-Angebot!

Nur noch
4 Tage



behalten die
**enorm billigen
Breite Geltung**

Gutscheine Nr. _____
Vorzeiger dieses erhält
bei einem regulären
Einkauf passend zum
Schuh je nach Wunsch
1 Paar Damen-Strümpfe
oder
1 Paar Herren-Strümpfe
gratis!
1790

Billiges Pfingst- Angebot!

Herrn-Jacketanzüge
M. 10.80 und höher.
Rockanzüge, Burschensätze
Elegante
Knaben-Anzüge
Einzeln Jacketts
Eing. Hosen M. 3.15 u. höh.
— Sommer-Galetots —
spottbillig!
Herren- u. Damenuhren
mit eleganten Ketten
Kremhänder, Broschen,
Kollern, Verlobungsringe
zu bekannt billigen Preisen.
M. Korn
Franziskanerstr. 3 a
partiere im Kontor.
Nächste Pfingstfeier am
10. Juni d. J.

Gelegenheitskauf!
Große Rollen braune echte
Cherreau-Dam.-Schürstiefel-
mod. Form, sehr gute Qualität,
Paar 6.50 u. Solange Vorrat.
Stephansstraße 15, Koch.

Gelegenheitskauf.
Habe einen Partieposten
Anzüge
spottbillig gekauft und
verkaufe jeden Morgen
zum Ausverkauf für
12.50 Mk.
Geogr. Jakobstr. 3

Hochmoderne Jacketanzüge
billig zu verkaufen.
1926 Grimsig, Jägerplatz.

Leih-Haus
der Firma 1934
Gustav Oelbner
Jah: Franz Koch
früher Weinstraße,
jetzt nur noch
Leiterstraße 2
Telephon 3577.

Älterer Steindruck-Maschinenmeister
unabhängig und fast im Haus seiner Maschinen-
werkstatt. Arbeitet, obgleich erhebenst Regener und Fortschrittler,
zum vorwiegendsten Teil für die Industrie. Besitzt eine große
Vorrat an allen Arten von Maschinen. Die Einrichtung ist sehr
gut und befindet sich in einem sehr angenehmen Lokal. Bewerber werden sich mit
Hochachtung bei
Julius Brückner, Peterstraße 15.

Gustav Mansfeld
3 Johannisfahrtrasse 3

Elegante Herren-Anzüge ... 12 bis 45 Mk.
Elegante Burden-Anzüge ... 8 bis 25 Mk.
Knaben-Anzüge ... 3 bis 16 Mk.
Sommer-Garderoben in Hüter
u. Leinen
Spezialreinigung für elegante Aufbereitung nach Maß.
Sager sehr eleganter Stoffe.
Gewant für guten Zeit. — Verfertigt im Hause.
Arbeitergarderobe, Berufsleidung
eigent. Herstellung.
Hüte, Mützen, Unterzeuge, Hosensträger.

Rucksäcke!

in grösster
Auswahl von **25** Pf. an
in sämtlichen Preislagen bis
12 Mk. pro Stück

Hugo Nehab

Johannisbergstrasse 2. 300

<p>Kinder- Segeltuch-Turn- schuhe, braun und grau, 31 bis 35 95, 37 bis 38 88, 27 bis 30 95, 28 bis 26 75, Kinder- Leder-Sandalen, braun, 31 bis 35 1.95, 27 bis 30 1.45 28 bis 26 1.35 Kinder- Kleider- Sandalen, kräftige Aus- führung 31 bis 35 2.45 27 bis 30 2.10 28 bis 26 1.95</p>	<p>Moderne Dam.-Galschuhe weiß Leinen Knopf, Schür und Pumpen 3 95 5.90 4.90 3.90 2.45 Moderne Damen-Gals- schuhe, schwarz Cherreau und Chromfid, Knopf, Schür und Spangeln, auch Derby, Lackleder 2.75 6.75 5.90 4.90 Mod. Dam. - Galschuhe, grün, beige u. havannabraun Cher.-Knopf, Schür und Spangeln-Schuhe, auch hellgelb Vercalf und Kaffeebr 2.75 5.75 6.75 5.90</p>
<p>Kinder- Schürstiefel, schwarz und braun, auch Lackleder 18 bis 22 1.45 1.35 u. 88, Kinder-Schürstiefel, rot, auch Derby 31 bis 35 3.45 27 bis 30 2.95 25 und 26 2.85 22 bis 24 2.35 Kinder-Schürstiefel, I. braun Cherreau u. Cherrette, auch Derby, Lackleder 31-35 4.85 27-30 4.35 25 und 26 2.95 22 bis 24 2.45</p>	<p>Moderne Bauern-Lacklederschuhe Knopf, Schür, Riemen, 2, 3 und Kreuzspangeln, auch mit Gamas 9.75 8.75 6.75 5.90 Herren-Burden-Schür-, Zug- und Schmalbrotstiefel moderne Formen 7.50 6.85</p>
<p>Kinder- Schürstiefel hellgelb Vercalf, grün und beige Cherreau 3 95 6.75 5.75 4.75 3.75 Kinder-Schürstiefel, weiß Leinen, Derby, kräftige Ausführung 31 bis 35 3.90 27 1. 30 3.45 25 u. 26 2.45 22 bis 24 2.45 Kinder- Schürstiefel, Derby- Schürstiefel 3.75 3.25 2.95 Kinder- Galschuhe, schwarz, braun 1.75 und 4.75</p>	<p>Herren- Schürstiefel Cherreau, Derby, auch Lack- leder, ganz neue Formen 6.85 5.90 4.90 Herren-Schürstiefel und Halbschuhe hellgelb Vercalf, braun, Weiß- leder, Cherreau und Lack, die moderne Ausführungen 12.50 10.50 8.75 6.75</p>

Sportwagen
reeller Preis 16 bis 18 Mk.
jetzt 6 bis 8 Mk.

Elegante Kinderklapptwagen
mit Gummirädern, Räderhülle und
Fahrrad, verstellbar, 12 Mk.
F. Richter, Ansteyweg 102
gegenüber Zentraltheater.
Sitz- u. Liegewagen billigt zu
verkaufen
Johannisbergstr. 22, 6. III. I.
1 Göt- und Siegelwagen
billig, real. Geogr. 37, 4.

Verlobungsringe
hochmoderne Fassung, fugenlos, in jedem Feingehalt.
— Reeller Verkauf nach Gewicht. —
Alfred Säger, Juwelier
17 Wilhelmstraße 17. 2108

Für die uns anlässlich unserer
filbernen Hochzeit
dargebrachten Geschenke und Glückwünsche sagen auf diesem
Bege herzlichsten Dank.
Theodor Lüdike und Frau. 1833

Möbeltransporte
mittels gepolsterter Verschluß-
Wägelwagen aller Größen über-
nimmt billigst
1961
Ernst Sante, M.-Budow
Friede Straße 2/5, Tel. 4400.
Mod. Herren- u. Knaben-Anzüge
neu und getragen, spottbillig zu
verkaufen
1925
Wöhles, Tischlerbrücke 29, I

Gelegenheitsposten
in 1808
Schuhwaren
schwarz und farbige,
für Herren, Damen u. Kinder,
in Schür-, Schnallen- u. Zug-
mit und ohne Lackleder,
sowie ein großer Posten
Arbeitsstiefel
zu spottbilligen Preisen!
Telephon 3576
M. Lucke
Altes Brücktor
Nr. 2 (vis-à-vis
d. Bülh.-Theat.)

Danksagung.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme und für die
kostbaren Kranzspenden beim
Hinscheiden unserer lieben, guten
Mutter sagen wir allen Be-
wundern, Freunden und Be-
kannnten unsere herzlichsten Dank-
worte. In Gottes Namen. Die
Schwägerin und Arbeiterinnen
der Schokoladenfabrik sowie dem
Verband der Bäcker und Kon-
ditoren und den Hausbewohnern
der Angerstraße 3a und 3b.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Geschwister Lachmund.

Todesanzeige.
Am Sonntag nachmittag
5 Uhr entschlief nach langem,
schmerzlichem Leiden meine liebe
Frau, unsere gute Mut-
ter, Schwester, Schwägerin,
Schwieger- und Großmutter
Marie Judel
im 48. Lebensjahr.
Um stille Teilnahme bitten
im Namen der Hinterbliebenen
Normann Judel nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, 27. Mai, nachmit-
tags 3 Uhr, auf dem Neu-
städter Friedhof statt. 1829

**Arbeiter-Radfahrer-
bund Solidarität.**
Vertagsgemeinschaft.
Rachruf.
Für den am 25. d. M. verstorbenen
Mitglied
Paul Schneider
am Sonntagabend 6 Uhr
pünktlich aus unserer Reihen
gehend. Der Bestattung hat
der Arbeiterbund herzlich
Beitrag und Beifall.
Wer werden ihm ein ehren-
volles Andenken bewahren!
Der Vorstand.

Todesanzeige.
Montag vormittag 12 1/2
Uhr nach kurzem, schwe-
rem Leiden unsere liebe Mut-
ter, Groß- und Schwieger-
mutter
1830
Hulda Büttner
geb. Arndt
im Alter von 54 Jahren.
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Dienstag den 26. Mai,
nachmittags 3 Uhr, vom
Friedhof, Altes Brücktor-
leben 60, aus statt.

Spezialität Metzgerei:
17 Alter Markt 17
Rein Fleisch! 1 Treppe hoch!
Im Café Café Continental.
Achten Sie auf die Nummer!

Spezialität Metzgerei:
121c Halberstädter Str. 121c
Im Café Café Deutsches.

Sachsenburg.
Theodor Kraft
Herrenartikel
37 Halberstädter Straße 37
**Wasser, Holz- u. Leder-
Strohblüte**
in eleganten, neuen Formen
Panama-Hüte
Filzhüte
— hell und weich —
Mützen
Sporthemden
Westengürtel
Überhemden
Garnaturen, Servietten
neue und schön
Kragen in vielen Formen
Krawatten
in reichhaltiger Auswahl
Hosenträger
Rucksäcke
Regenschirme
Stöcke 1928
in unübertroffener Ausführung!
Billige Reparaturen!

Spargel
Stück 20, 30 und 40 Pfennig
— halber Metzgerei —
**Gelegenheits-
kauf!**
**Photo-
Apparate**
in großer
Auswahl.
— in großer
Auswahl —
— in großer
Auswahl —
Teppiche
große Rollen, in allen Farben,
besonders preisgünstig mit kleineren
Stücken, nur für die besten
Stoffe von 3 bis 120 Mk.

Siegerin

Unübertroffen feinste
SÜSSRAHM-MARGARINE
Stets frisch erhältlich bei:
Ludwig Kowalski, Große Marktstraße 23
Kosmos-Haus

Zur gefälligen besondern Beachtung!

Von heute Mittwoch wegen Aufgabe des Artikels

Großer Ausverkauf

fertiger Damen-Blusen

Nach genauer Aufnahme der am Lager habenden Damen-Blusen stelle ich über 500 Batist-, Boile-, Musselin-, Tüll- u. Spachtel-, Woll- u. Seiden-Blusen

zum Ausverkauf!

Es befinden sich darunter vorherrschend Blusen letzter Saison u. sind noch in reichen Farbenfortimenten und modernsten Nacharten sowie in fast sämtl. Größen am Lager.

Nur möglichst schnell damit zu räumen, habe ich die Preise ganz bedeutend herabgesetzt und bietet sich damit vor Pfingsten eine ganz besondere billige Kaufgelegenheit.

Eine Angabe der Ausverkaufspreise unterlasse ich, da ohne nähere Prüfung die Preisangabe nicht beurteilt werden kann. Ich bitte um gest. zwanglose Besichtigung.

Auswahlendungen können nicht gemacht werden.

Voranzeige! Nur Donnerstag und Freitag Voranzeige!

Große Posten **Woll-Muffeln u. div. Kleiderstoffe** 10
(fürzere Maße), pro ganzen Rest, soweit Vorrat, ohne Rücksicht auf Qualitäten zum Aussuchen 50 40 30 25 bis

Fabrikmuster-Neße **Woll-Muffeln und Boiles** 75
passend für Blusen und Kinderkleider, pro ganzen Rest zum Aussuchen ohne Rücksicht auf Qualität 2.00 1.50 1.00 bis

Fabrikmuster-Neße **130 cm breite Kostüm-Rockstoffe** 1.50
auch für Knaben-Anzüge passend, pro ganzen Rest zum Aussuchen 2.60 2.20 bis

Isidor Gabbe

1 Treppe gegenüber d. Berliner Str. **Breiteweg 173** 1 Treppe gegenüber d. Berliner Str.

Kaufhaus Georg Wittkowsky Markt 14 Burg.

Da für die letzten Tage vor dem Fest jetzt schon enorm viel Bestellungen vorliegen, gebe ich **fertig garnierte Damenhüte 15 Proz. Rabatt**, die an der Kasse sofort in Abzug gebracht werden.

Tangermünde.

Empfehle mein vollständig neu sortiertes Lager hochmoderner

Herren- und Jünglings-Anzüge

Prima Stoffe, hochmoderne Fassons und Farben, billige Preise!

Alfred Dreckmann

Hühnerdorfer Straße 67a.

Stadfurt Stadfurt Für den Sommer

Kleider, Blusen, Kostüm- und Anzugstoffe, Hemden-tuche, Inlette, Handtücher, Bettwäsche, Strümpfe, Kuffenmittel usw., Kleider-Blusen-Stoffe und Satins, Gardinen und Spitzen in großer Auswahl billig.

Karl Kessner Petrikirchstraße 23

Burg. Burg.

Oberhemden weiß und bunt	Weiche Servietten weiß und bunt
Sporthemden für Knaben	Sporttragen
Waffohemden mit buntem Einfes	Selbstbinder für Herren und Knaben
Sportgürtel für Herren und Knaben	Hosenträger
Haute Garituren	Strümpfe schwarz und farbig
	Sockenhalter

Aug. Ortloff Nachf.
Breiteweg Nr. 43.

Netto-Preise

Kulante Zahlweise

Brennabor bestes Rad

Modelle 1914 eingetroffen

Halbrenner 95 Mk.
Tourenrad 100 Mk.
Damenrad 105 Mk.
Ein Posten gebr. Räder von 20 Mk. an
Spezialräder von 38 Mk. an

Otto Schaper, Anhaltstraße 2/3

Große Lernbahn

Reparatur-Werkstatt

Gustav Meinecke

Magdeburg, Marktstraße 7

vis-à-vis dem Alstädtler Krankenhaus.

Lager kompletter 1783

Wohnungs-Einrichtungen

Eigene Tischlerei.

Ausführung nach gegebenen und eignen Entwürfen. Beschäftigung meines Lagers erbeten.



Extra billiges Angebot in modernen Zimmer-Uhren

zu Hochzeits-Geschenken sehr geeignet, sowie

Taschenuhren :: Weckuhren und Goldwaren. 1977

Reparaturen unter Garantie.

Otto Fischer

Uhren und Goldwaren

Johannisberg 9/10

dicht an der Strombrücke.

Gr. Ausverkauf von Schuhwaren

wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts

44 Schmidtstraße 44

Herren-, Damen- und Kinderschuhe in Chevreau, Bog calf und waschbarem Drell, eine Partie Sandalen, Turnschuhe, diverse Pantoffel usw. — Der Verkauf findet nur von 1 bis 8 Uhr nachmittags statt. 1310

Der Eckladen ist zu vermieten.

Zum Pfingstfest empfehle:

Prima gemahlene Roggenmehl 20 f
Kornmehl 35 bis 55 f
Kornmehl 35 u. 40 f
Weizenmehl 000 Mehl = 4 Pf. 60 f
Zitronat Pfund 75 f
Allerfeinste Mostereibutter Pfund 1.23 Mk.
Nectarin-Wackpulver, Vanillinzucker 3 Pak 25 f
Margarine Pfund 63 70 80 f u. 1.00 Mk.

Th. Nabert, Stadfurt Hamsterstraße 5.

Erstfrei! Erstfrei!

Jetzt sind sie da, die

Bösen Buben

vornehmste 2-Bl.-Zigarette

Zigarettenfabrik Juwel, Dresden

Zu beziehen durch die Spezial-Zigarrengeschäfte

Bis Pfingsten

billiger Verkauf

von Anzügen, Hosen, Westen Paletots und Cutawans!

1817 Auf diese Sachen gewähre ich bis zum Feste bei Vorzeigung dieser Annonce einen **Rabatt von**

10%

Ernst Borchert

Stenstadt Lüberker Straße 30a

Stenstadt

Stadfurt Stadfurt Für den Sommer

Kleider, Blusen, Kostüm- und Anzugstoffe, Hemden-tuche, Inlette, Handtücher, Bettwäsche, Strümpfe, Kuffenmittel usw., Kleider-Blusen-Stoffe und Satins, Gardinen und Spitzen in großer Auswahl billig.

Karl Kessner Petrikirchstraße 23

Burg. Burg.

Oberhemden weiß und bunt	Weiche Servietten weiß und bunt
Sporthemden für Knaben	Sporttragen
Waffohemden mit buntem Einfes	Selbstbinder für Herren und Knaben
Sportgürtel für Herren und Knaben	Hosenträger
Haute Garituren	Strümpfe schwarz und farbig
	Sockenhalter

Aug. Ortloff Nachf.
Breiteweg Nr. 43.

Schuhhaus Euger Tamm



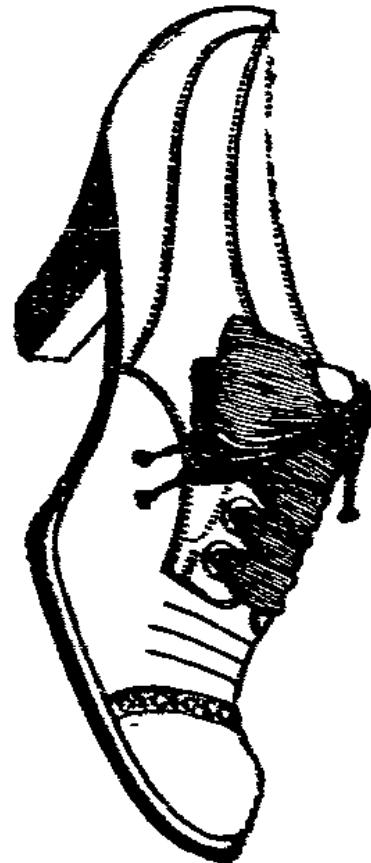
Moderne Halbschuhe

schwarz und braun, zum Schnüren und Knöpfen
6.50 7.50 8.50
bis 10.50

Kinder-Stiefel

in allen Ausführungen zu den allerbilligsten Preisen!
Sandalen — Turnschuhe

Filiale Stadfurt, Nr. 23 Steinstraße Nr. 23



Schnürstiefel

für Damen
moderne Formen, eleganter Schnitt, schwarz und braun
6.50 7.50
8.50 10.50



Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel

für Herren
in allen Ledersorten, in la. Qualität, zu billigsten Preisen
4.90 6.50 7.90 8.50 10.50

Filiale Magdeburg-N., Lüberker Str. 25a

Lang & Münzer

Breiteweg 51, 51a, 52 — Alter Markt 1 u. 2.
Haltestelle fast sämtlicher Straßenbahnlinien.

Für den
Pfingst-Bedarf

Extrapreise

für
Ein Posten
Halbhandschuhe
weiß, ca. 30 bis 45 cm lang,
mit kleinen Webe-
fehlern
Paar jetzt 50 Pf.

Damen-Handschuhe

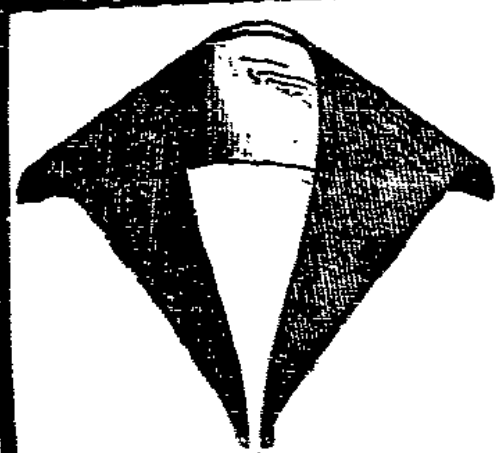
Ein Posten **Muster-**
Damen-Handschuhe **35**
glatt und durchbrochen, mit 2 Druckknöpfen usw.
1a. Qualitäten, farbig, weiß, schwarz
Wert bis 95 Pf. **Paar jetzt 35 Pf.**

Damen-Handschuhe

weiß und farbig, glatt u. durchbrochen,
mit und ohne Druckknöpfe
Soweit Vorrat **Paar 20 Pf.**

Reinseid. Finger- u. Halbhandschuhe 95 Pf.
weiß u. schwarz, glatt u. durchbrochen, ca. 40—45 cm lang Paar jetzt

1a. Reinseidene Finger-Handschuhe 145
weiß u. schwarz, eleg. durchbroch. Dessins, ca. 45—50 cm lang Paar jetzt



Moderne Blusen- und Jacken-Kragen

modernste Formen, aus Pikee, Batist usw., glatt, mit Hohlsaum oder Stückerien

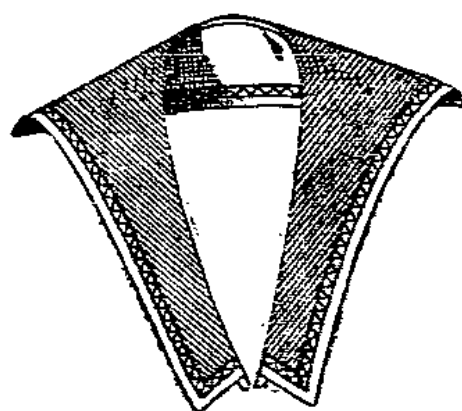
Serie IV
jetzt **75**

Serie III
jetzt **50**

Serie II
jetzt **38**

Serie I jetzt

28



Zum Pfingstfest

haben eine große Auswahl in Herren-Anzügen,
Paletots, Westen, Fälschwesten, Lederjoppen,
Lederjacken, Wäscheartikel am Lager, die ich
zu besonderen günstigen Bedingungen der Saison
verkaufe. Ich bitte um rechtzeitige Bestellungen.
Hochachtungsvoll
F. Lang & C. Münzer

Heinemann & Patermann
Magdeburg, Breiteweg 129.
gegenüber der Kaiserstraße.

fl. Hausschlachte-Wurst!

In den besten billigen Wurst zu liefern bin ich mir
meines großen Ansehens wegen in der Lage, billige
Wurst zu liefern und eine wirklich gute Qualität
zu bieten. Wenn Sie frischer Wurst aller Art
benutzen, so wenden Sie sich an meine Handlung für
ganz billige und feinsten Wurst.

M. Uilner Regierungstraße 79
gegenüber der Kaiserstraße.
Bestes Spezialgeschäft am Platz! 1213

1520
Alte-Fermerstraße 77
Leder-Ausschnitt u. Schuhmacher-Artikel
preiswert
Karl Hugk, Lederhandlung.

Ein schönes Gesicht

gibt jeder Gesicht, welcher mit Franzos Gesicht
glänzt mit Farbe gefärbt werden. Heber Nacht
schwarz trocken, kein Nachbleiben, ein Glanz und
Scheitelfarbe weicher. In Schichten von 2 bis
150 Stk. 5 Stück 2.50 Mk., 10 Stück 4.50 Mk.,
20 Stück 8.00 Mk., bei 10 Stück 4.00 Mk.
Erwin Prange, 20074
Straße 23 (Königsplatz) 20074

Waschen Sie schon mit **2 guterrote Betten/Strümpfe**
ganz neu, preisw. zu verkaufen.
Münzstraße 23, G. r. 2 Tr.

Kluges Seifensalmiak?

Spargel
nur Prima Ware
Stoffe keine Ware
Gurken billig
Pflanz- u. Einmach-Spargel
Reinere Kartoffelbörse
Königsplatz Nr. 10 am Markt.
20074 Telefon 5683.

Total-Ausverkauf

wegen Auflösung meines Geschäfts
für Uhren, 1228
Goldwaren und optische Artikel.
25 Prozent Preisermässigung.
Curt Voullième, Neue Neustadt,
Lübecker Str. 104.

Der Was zum Waschen

besteht aus 100 Stk. in der Größe des
Garderober.

Maß-Garderobe

schon ganz auf Maße gemessen, kommt
zu 100 Stk. erhalten Sie jetzt
zu einem billigen Preis.

Gehrock-, Smoking- u. Frack-Anzüge
Einz. Gehrocke, Smokings u. Fracks
Schwarze Hosen - Feinste Tachstoffe
Spezial-Büchsenmacher in feinen Größen 1536
Jackett-Anzüge, Cutaways, Paletots
Spezial-Messinger in weißen Sachen für starke Herren.

P. Frühmann

Spezial-Eingangsgeschäft für Herren-Garderobe
am **Breiteweg Nr. 87**
gegenüber der Kaiserstraße

Siehe beim Einkauf von 20.00 Mark an
auf 2.00 Mark Rabatt.

Fahrrad-Saison 1914

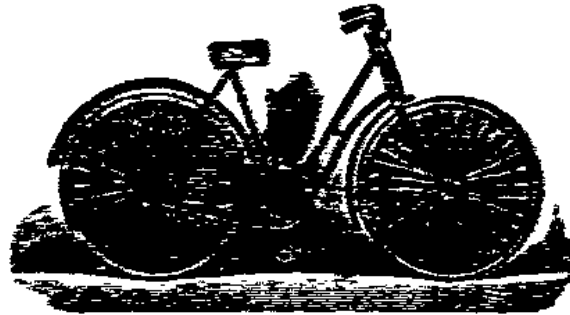
Konkurrenzlos billiges Angebot!

Herren - Fahrräder

komplett
mit Gummi **37.00**

Andere 11 weitere Modelle in allen Preislagen

Freilauf mit Rücktritt mehr **6.50**



Damen - Fahrräder

komplett
mit Gummi **47.00**

Außer 10 versch. Modelle bis zu den elegantesten

Freilauf mit Rücktritt mehr **6.50**

Itis-Fahrräder haben sich seit vielen Jahren glänzend bewährt!

Unvergleichlich in Qualität — Konkurrenzlos im Preis — Unbestritten in Haltbarkeit

Bensch-Pneumatik anerkannt beste Bereifung

stets frische Ware — elastisch,
leicht laufend und dauerhaft

Laufdecken gut und preiswert 1.60 **Bergdecken** extra stark Mk. 3.00 **Luftschläuche** garantiert dicht Mk. 1.50

Nach nie **Becken 4.80** — Schlauch 2.40 1 Jahr **Mein Schläger** Extra Prima Mäntel nur 5.65 15 Monate Garantie

Fahrrad-Zubehör und Bedarfsartikel staunend billig

Pedale 1.20, Fußhebeln 0.80, Tretlagergruppen 2.50, Rahmengruppen 7.50, Schieber 5.00, Achsen, komplett 2.50, Glocken 1.50, Hosenstege 1.00, Einseitig 1.00, Einseitig Paar 2.50, Lederpeile Paar 5.00, Eisenpeile Paar 5.00, Kurbelkeile 5.00, Gamaschen Paar 6.00

Ideal-Vordergabelfederung nur Mk. 3.50

Ich lübe nur erstklassige Qualitätsware, keine Scheinwerte.

Robert Bensch

Fernspr. 2706 Magdeburg, Breiteweg 253, an der Haltestelle Fernspr. 2706



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. Mai 1914.

Hoch das Koalitionsrecht!

Auf diesen Ruf war die große öffentliche Versammlung gestimmt, die am Montagabend im „Luisenpark“ stattfand und in der Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine (Berlin) über die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften einen interessanten, häufig von Beifall unterbrochenen, Vortrag hielt.

Der Referent, bei seinem Erscheinen mit Gändekätzchen begrüßt, führte aus, daß das Koalitionsrecht in den letzten Jahren mehrfach Gegenstand scharfer Kämpfe im Reichstag gewesen sei. Es war auch durchaus nicht leicht, das Koalitionsrecht des Reichsanwalts des Innern, Dr. Deibitz, zu erklären, eigentlich gäbe es gar kein Koalitionsrecht für die Arbeiter. Das steht allerdings in keinem Gesetz, es bedarf aber auch keines besonderen Gesetzes, weil schon in der Verfassung steht, daß die Staatsbürger, und dazu gehören auch die Arbeiter, das Recht haben, sich zusammenzuschließen. Das ist auch zu jeder Zeit geübt worden. Ein solches Recht kann unter Umständen gesetzlich beschränkt werden, es kann aber auch durch die Verfassung geschützt werden. In dem Augenblick, als im Jahre 1869 die Gewerbeordnung geschaffen und alle vorher bestehenden Strafbestimmungen aufgehoben wurden, entstand als natürliches Recht das Koalitionsrecht. Dr. Deibitz hat also mit seiner Deduktion unrecht. Es ist auch eine schlechte Auffassung, wenn der Staatssekretär sagt, die Staatsarbeiter brauchen kein Koalitionsrecht, weil der Staat keine Gewerbe betreibt.

Die Gegner des Koalitionsrechts folgen nur heimlichen Wünschen, wenn sie sagen, man könne auf dieses Recht verzichten. So wenig wie ein Mensch auf das ihm zutreffende Wahlrecht oder das Recht zu heiraten und Kinder zu zeugen verzichten soll, so wenig kann und soll er auf dieses Staatsbürgerrecht verzichten. Das würde ebenso gegen die guten Sitten verstoßen, als wenn jemand bei einer Wahl seine Stimme verkaufen würde. Gegen die guten Sitten verstößt es auch, wenn sich ein Arbeiter durch Vertrag verpflichtet, seiner gewerkschaftlichen Organisation angehören zu wollen. Dies gilt ganz besonders auch für den Staat als Arbeitgeber. Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde ausdrücklich ausgesprochen, daß eine Verpflichtung auf das Koalitionsrecht gegen die guten Sitten verstoßen würde. Wenn gleich die Verbote gegen das Koalitionsrecht als aufgehoben zu betrachten sind, so bestehen sie doch noch für die Landarbeiter und Diensthöfe. Alle Anträge, auch diesen Schichten das Koalitionsrecht zu gewähren, wurden bisher immer abgelehnt.

Das Koalitionsrecht ist für die Arbeiter das eigentliche Lebens-Element. Sie brauchen es wie der Fisch das Wasser. Bevor der Arbeiter Politiker wird, muß er essen und arbeiten und gute Arbeitsverhältnisse schaffen können. Wenn das Koalitionsrecht nicht bestände, würde es keinem Arbeitgeber einfallen, seinen Arbeitern auch nur die geringste Vergünstigung zuteil werden zu lassen.

Es gibt keinen größeren Unfug, als die auf dem Kongreß der Wirtschaftsfriedlichen in Saarbrücken ausgesprochene Ansicht, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gleichen Interessen hätten. Die Arbeitgeber haben das Interesse, die Löhne herabzudrücken; die Arbeitnehmer haben das Interesse, die Löhne zu erhöhen. Mit gutem Willen oder guten Worten lassen sich diese Gegensätze nicht aus der Welt schaffen. Gerade die Angst, die die Bureaukraten und der Staat vor der Selbstständigkeit des Volkes an den Tag legen, macht das Koalitionsrecht so wertvoll für die Arbeiter. Nur mit einer selbständigen Arbeiterkraft, die weiß, was sie will, läßt sich die Kultur höher bringen, nicht aber mit Geloten.

Nebener behandelte nunmehr eingehend vom juristischen Standpunkt den Inhalt der beiden wichtigen Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung und kritisierte die Fäden, die besonders § 153 enthält. Wir können hierbei auf den Artikel, der über dieselbe Materie in der Nummer 106 der „Volksstimme“ vom Freitag den 8. Mai veröffentlicht worden ist, verweisen. Der § 153 der Gewerbeordnung hat den Charakter eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter. Der Hauptantrag der Gegner richtet sich gegen das Streikpostenwesen. Man will durch ein Verbot der Ausstellung von Streikposten der Arbeiterkraft den Hals brechen. Unter allgemeiner Heiterkeit führte Herr Heine einige besonders drastische Fälle an von der Interpretation der behördlichen Organe und der Gerichte bei verschiedenen Prozessen auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung.

Eine Verbesserung der Verhältnisse ist auch durch das neue Reichsgewerkegesetz vom Jahre 1908 nicht erzielt worden. Obwohl das Reichsgewerkegesetz gegeben wurde, es sollte im liberalen Sinne gefaßt werden. Man hat nicht bloß Gewerkschaftsvereinigungen, sondern auch geschlossene Vereinigungen von Gewerkschaftsmitgliedern und von einzelnen Betrieben zu öffentlichen Versammlungen zu stempeln versucht. In der letzten Zeit geht man dazu über, die Gewerkschaften für politisch zu erklären, weil in ihren Organen hier und da ein Artikel mit politischer Färbung vorhanden ist und weil sie mit der Generalkommission kooperieren. Der Zweck der Lebens- ist nur, der modernen Gewerkschaftsbewegung Schwierigkeiten zu bereiten, sie an kleinen Orten überhaupt unmöglich zu machen. Gegen die christlichen Gewerkschaften oder die gelben Vereine, die ganz offiziell Politik treiben, richten sich solche Schikanen nicht. Was ist nun dagegen zu tun? Da eine Änderung des Vereinsgesetzes die Zustimmung des Bundesrats nicht finden wird, muß immer wieder auf die Gesetzgebungsorgane der Gegner hingewiesen werden. Die konföderierenden Organisationen müssen scharf im Auge behalten werden. Von den Gewerkschaftssekretären müssen die Staatsanwaltschaften fortgesetzt wegen der Gesetzeswidrigkeiten der Gegner bombardiert werden. Das beste Mittel jedoch ist die Stärkung der Gewerkschaften auf die doppelte Mitgliederzahl. (Kongreß schloß mit den Worten: Danach handeln Sie und halten Sie am Koalitionsrecht fest trotz aller Verfolgungen! (Reicher Beifall.)

In der Diskussion nahm Genosse Brandes das Wort und gab in längerer Ausführung ein Bild von dem zweiseitigen Recht, das in scharfer Form gegen den Metallarbeiter-Verband zur Anwendung gebracht worden ist, während den gelben Vereinen gegenüber die weitestgehende Toleranz geübt wird. Je ärger gegen uns vorgegangen wird, um so energischer muß die Gewinnung neuer Mitglieder erfolgen.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Klüßge wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklart in dem Betreiben der Behörden, die freien Gewerkschaften für politische Vereinigungen zu erklären und das Streikpostenwesen zu verbieten, einen weiteren Versuch nach der Richtung hin, das Koalitionsrecht der Arbeiterkraft einzuzengen. Die Versammlung kann nicht anerkennen, daß die Gewerkschaften sich je politisch betätigt haben, ist aber der Überzeugung, daß die Unternehmerorganisationen und die gelben Vereine in dieser Beziehung sich weniger Zwang auferlegen und trotzdem nicht für politisch erklärt werden. Die Versammelten protestieren deshalb gegen die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften und erwarten, daß entsprechend den Erklärungen des Reichsanwalts, Herrn v. Bethmann-Hollweg, das Vereinsgesetz in loyalster Art den Gewerkschaften gegenüber angewandt wird. Die gegenwärtige Tätigkeit der Gewerkschaften gerade jetzt in der Zeit einer großen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit darf nicht durch eine künstliche Auslegung des Vereinsgesetzes erschwert werden. Vielmehr müssen solche Auslegungen gelegentlich ausgeschrieben und das Koalitionsrecht durch besondere Gesetze vor Beeinträchtigung geschützt werden.

Arbeiterjugend. Bezirksveranstaltungen: Neue Neustadt am Mittwoch, Diskussion über neue Arbeiter; Sudeburg am Mittwoch, Umerüstungsabend. Am Donnerstag, Vortrag für die Neustadt, Georgenplatz 10; Abendspiele für Budau am dem Roten Horn. Die Aktivist unternehmen am Freitag einen Spejergang.

— Nutzen der „Volksfürsorge“ Ein im Jahre 1899 ge-
borner Lehrling in Dresden hat sich am 1. November 1913 auf Grund
des Tarifs III für eine auszahlende Versicherungssumme von 125
Mark mit einer Halbmontatsprämie von 50 Pf. versichert. Der Ver-
sicherte ist am 5. Mai d. J. tödlich verunglückt; er hat sich beim
Tragen einer Last die Leber zerissen und ist nach 2 Stunden gestorben.
Die „Volksfürsorge“ hat die fällige Versicherungssumme im Betrag von
119,50 Mark sofort ausbezahlt.

— Kanalisierung der Sudeburger Wähe. Die bauliche
Erschließung des Geländes an der Sudeburger Wähe zwischen
Westendstraße und Wolfenbüttele Straße ist jetzt so weit vorgeschritten,
daß die Kanalisierung dieser Straßenzweige erforderlich geworden ist.
Die anschlagmächtigen Kosten belaufen sich auf 9000 Mark, um deren
Genehmigung die Stadtverordneten ersucht werden.

— Aufstellung von Gartenbänken und Papierkörben.
Von der Garten-Deputation wird gewünscht, an verschiedenen Stellen
der Anlagen in der Stadt sogenannte Tiergartenbänke aufzustellen.
Ebenso hat sich an einigen Plätzen der Anlagen die Aufstellung von
Papierkörben als notwendig erwiesen. Es sollen aufgestellt werden:
1. in der Goethestraße (Spielplatz bei der Wilhelm-Maabe-Straße)
4 Bänke, 2. auf dem Spielplatz am Gensdorfer Weg 6 Bänke, 3. am
Kriegereckmal als Ersatz der schadhaften 12 Bänke, 4. auf dem Spiel-
platz Agnesenplatz 2 Bänke, 5. im Glacis 1 Bank, 6. auf dem Nord-
riedhof 16 Bänke. Die Kosten für diese 35 Bänke betragen 875 Mark
und die Kosten für 5 Papierkörbe 50 Mark. Die Summe soll aus
Sparmaßnahmenüberschüssen entnommen werden.

— Revision der Schankgefäße. Die Gewerbetreibenden werden
zwecks Vermeidung von Strafen und Einziehung vorchriftswidriger
Schankgefäße auf die neuen Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Juli
1909 wegen Aenderung des Schankgesetzes mit dem Hinweisungen
aufmerksam gemacht, daß die Revisionen der Schankgefäße begounen
haben. In dem Gesetz ist besonders vorgeschrieben, daß bei Schank-
gefäßen für Bier der Abstand des Füllstrichs von dem oberen Rande
zwischen 2 und 4 Zentimeter betragen muß.

**** Magdeburger Seefischmarkt wird abgehalten: Mittwoch**
den 27. d. M., vormittags, in der Altstadt auf dem Wochenmarkt.
Verkauft werden: Dorsch, 1.—3pfündig, zu 12, Seelachs zu 14, Kabeljau
zu 16, Goldbarsch zu 18, Rotzungen und Bratichollen zu 20, Schell-
fisch zu 22, Schellfisch ohne Kopf zu 24 Pfennig pro Pfund.

— Warnung vor Radfahrern. Man schreibt uns: Im
Anzeigenteil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekannt-
machung des Magdeburger Vereins für Radfahr-
wege, durch die erneut zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird,
daß die vom Verein unter Aufwendung großer Mittel erbauten
und gepflasterten Radfahrwege nur von den Mitgliedern
des Vereins und Inhabern von Arbeiterkarten
befahren werden dürfen. Bekanntlich sind diese Wege
durch Warnungstafeln staatlicher und kommunaler Behörden für
Nichtvereinsmitglieder gesperrt. In der Zugehörigkeit zum
Verein erblickt man eine gewisse Garantie dafür, daß nicht nur
die Wege, sondern auch die Radbargrundstücke, Anlagen, Wiesen
und Wälder usw. von den Radfahrern geschont werden. Es
sollte selbstverständlich sein, daß unbefugte Radler, die
nichts zur Erhaltung der Vereinswege beitragen, von diesen
fern bleiben, schon um nicht angehalten und zur Bestrafung
angezeigt zu werden. Das Gesetz droht für unbefugtes Fahren
dieser Art Geldstrafen bis zu 60 Mark oder Haft-
strafen bis zu 14 Tagen an. Die Radfahrwege er-
schließen die ganze, landschaftlich schöne Umgebung der Stadt
Magdeburg in weitem Umkreis und ermöglichen den Radfahrern,
auf einem etwa 250 Kilometer langen, gut gepflegten Weges-
dem Radfahrersport, unbelästigt und sicher vor andern Fußwerk-
verkehr, meist im Waldesgrün, obzuliegen. Wie aus der Bekannt-
machung erhellt, ist der rührige Verein unablässig bestrebt, das
Wegesnetz weiter auszubauen. Durch den Bau einer Brücke über
die Gölde, die den Namen des Meisters der Magdeburger Rad-
fahrerschaft, des Rentiers Adolf Mittag, tragen wird, wird
eine bequeme Verbindung mit dem Willendorf-Biederitz
und mit Gerwisch hergestellt werden. Der letztere Weg wird
durch ein besonders reizvolles Revier führen, er wird bei Hoch-
wasser, wenn der Wiesweg nach Loitzau überschwemmt wird,
den Verkehr nach dort, Hohenwarte, Kützau usw. vermitteln.
Beachtenswert ist, daß die Jahresringe, die Verordnungsabzeichen,
sichtbar an Steuerrohr, nicht verdeckt, zu tragen
sind. Dem Verein kann jeder unbefugte Radfahrer gegen
einen Jahresbeitrag von 3 Mark beitreten, Arbeiter — aber
nur solche — können Arbeiterkarten für 1,50 Mark lösen.
Wie wir hören, sind in den letzten Tagen viele unbefugte Rad-
fahrer angehalten und zwecks Bestrafung notiert worden. Die
Aufsicht wird jetzt strenger als bisher durchgeführt. Uebrigens
sind Jahresringe in letzter Zeit vielfach von den Radern
gehohlen worden. Es erscheint geraten, die Jahresringe mög-
lichst sicher und fest am Steuerrohr zu befestigen. — Und schließlich
sei erwähnt, daß jeder Radfahrer nach § 3 der Polizeiverordnung
vom 14. Juni 1908 bei Vermeidung der Bestrafung eine polizei-
liche Radfahrkarte bei sich führen muß. Viele scheinen eine solche
gar nicht zu besitzen, sonst könnten kaum so viele Ver-
strafungen erfolgen.

— Wie man gestürzte Pferde behandeln soll. Sehr oft sieht
man, daß Pferde, welche auf glattem Boden ausgerutscht und hin-
gefallen sind, arg mißhandelt werden, wogegen, wenn ein Hundiger
eingutrit, das Aufheben mit ziemlicher Schnelligkeit ohne
Drücker gelingt. Die Unterbringung muß folgende sein: Dem
Pferde, welches zuerst von Strang und Weichsel befreit wird, sind
die Vorderbeine zum Aufspringen zurechtzuliegen. Ein Mann
stellt sich einige Schritte vor das gestürzte Pferd, nimmt mit jeder
Hand einen Trensenzügel und gibt damit lebende Anzüge; gleich-
zeitig wird es am Schweife gehoben und mit Worten zum Auf-
springen angefeuert. Glatte Boden ist vorher mit Stroh und Decken
zu besetzen oder mit Sand oder Asche zu bestreuen, so daß Vorder-
und Hinterfüße sofort Halt finden können. Sollte das Pferd
trotzdem nicht aufspringen, so zieht man einen Gurt unter der
Brust dicht hinter den Vorderbeinen durch und umerstückt es durch
Geben auf beiden Seiten. Sehr nützlich sind Querschubbe aus Hanf
oder Kotosfasern. Kurzlich hat die Berliner Omnibusgesellschaft
1000 Stück zur Vornahme in ihren Wagen angeschafft, damit sie
bei Unfällen stets sofort zur Hand sind. Da es Querschubbe noch
kauf nirgend gibt, so sei erwähnt, daß sie von der Bezirksanstalt
Muldenthiitten in Sachsen fabriziert werden.

— Baugenehmigungen. In der zweiten Hälfte des Mai sind
von der städtischen Polizeiverwaltung 71 Baugenehmigungen erteilt
worden. An größeren Bauten befinden sich darunter 5 Vorderwohn-
häuser, 1 Reineisenhaus Editharing 10 und der Umbau des Operations-
gebäudes in der Althäcker Krankenhaus.

— Unfälle. Am Montagabend gegen 8 Uhr stürzte der Füll-
schlepper Otto V., wohnhaft Wolfenbüttele Straße 26, als Radfahrer
so unglücklich in der Kronprinzenstraße, daß ein Bruch des rechten
Unterarmes die Folge war. Der Verletzte fand Aufnahme im Kranken-
haus Althäcker. — Am Dienstag früh fuhr der Arbeiter Otto Ebe-
hauke als Idenstedt als Radfahrer in der Wilhelmstraße mit einem
Füllschlepper zusammen. Obgleich er eine große Kinverletzung
erlitt auf der Hauptfeuerwache einen Notverband. — Am Dienst-
tag vormittag wurde der Former van Bee, wohnhaft Dorfstraße 6,
auf dem Kruppwerk von einem umfallenden Formkasten schwer an
den rechten Oberarm verletzt und mußte vom Krantransportwagen
nach seiner Wohnung gebracht werden.

× Zusammenstoß. Am 25. d. M., gegen 10^{1/2} Uhr vormittags
erfolgte auf dem Breiten Weg ein Zusammenstoß eines Kraftwagens
mit einem mit leeren Flaschen beladenen Fuhrwerk. Der Führer des
Kraftwagens fuhr mit voller Kraft von rückwärts in das Fuhrwerk hin-
ein, wodurch viele Flaschen zertrümmert und auch der Kraftwagen be-
schädigt wurde; auch eine in letzterem befindliche Person wurde leicht
verletzt. Die Schuld soll den Führer des Kraftwagens treffen.

× Gestohlen wurden von dem Labemisch einer Viktualien-
handlung in Budau ein Portemonnaie mit etwa 200 Mark; aus einem
Hausflur in der Brückstraße ein Fahrrad „Herules“; vor einem Hause
in der Jakobstraße ein Fahrrad „Remonte“ (Fabriknummer 17192);
aus einem Tanzlokal vor dem Ulrichstor eine weiße Goldkette und ein
Pompadour, enthaltend ein Portemonnaie mit 5 Mark und eine goldene
Broche, Herz, Kreuz, Anker darstellend, und aus einer Schankwirtschaft
in Cracau ein Portemonnaie, enthaltend 90 Pf. bar, einen goldenen
Damenring mit sieben kleinen blauen Steinen und einen goldenen
Damenring mit kleinem roten Stein und weißen Perlen.

× Ein Schwindler. Ein hiesiger Ingenieur erhielt vor
einigen Tagen von einem hiesigen Schuhwarengeschäft auf seinen Wunsch
drei Paar braune und ein Paar schwarze Schnürschuhe zur Auswahl
überhandt. Am 25. d. M. ließ er dem Geschäft durch Fernsprecher
mitteilen, daß die Schuhe wieder abgeholt werden möchten, worauf
dann auch ein junger Mann erschien und erklärte, vom Geschäfts-
inhaber beauftragt zu sein, die Schuhe in Empfang zu nehmen. Wie
sich herausgestellt, ist vom Geschäft niemand beauftragt gewesen, und
man hat es daher mit einem Schwindler zu tun gehabt.

Konzerte, Theater &c.

Mitteltage der Woche

*** Viktoria-Theater.** Mittwoch und Donnerstag gelangt
der tollste und lustigste Schwan der Gegenwart „Der ungetreue Ge-
hart“ von Hans Sturm zur Aufführung. In allen großen Bühnen
hat „Der ungetreue Gehart“ einen unbefruchteten großen und durch-
schlagenden Erfolg gehabt. Ungeheure Lachfülle durchbrauchen das
Theater. Wie schon mitgeteilt, hat die Direktion Herrn Alexander
Moissi vom Deutschen Theater in Berlin für ein einmaliges Gast-
spiel gewonnen. Und zwar gastiert der Künstler als Oswald in Ibsens
„Gespenster“. Nach Berichten der maßgebenden Berliner Blätter ist
gerade diese Rolle die größte künstlerische Leistung des hervorragenden
Darstellers. Kein deutscher Schauspieler hat einen derartig großen Er-
folg mit dieser Rolle gehabt wie gerade Moissi. Als eine Meister-
leistung ersten Ranges ist dieses von den Berliner Zeitungen hinge-
stellt worden. Billette sind schon von heute an in der Verkaufsstelle von
Spieder zu haben.

*** Zentraltheater.** „Holenblut“ erfreut sich allgemeiner
Bewertung und überall wird dieses Werk als eine treffliche Operette
bezeichnet.

Letzte Nachrichten.

Ein wankender Thron.

Wb. Rom, 26. Mai. Die Agenzia Stefani meldet aus
Durazzo von gestern: Die Nacht ist sehr ruhig verlaufen. Auf
Befehl des Fürsten wurden vormittags seine Kinder von der
„Mijurata“ ausgeschieden. Der österreichische Konteradmiral teilte
dem italienischen Konteradmiral persönlich mit, er habe beschlossen,
Matrosen zu landen, um zusammen mit den italienischen
den Sicherheitsdienst für die Königsfamilie auf-
zunehmen. Etwa 50 albanische Genarmen sind an Bord eines
österreichischen Torpedobootes hier angekommen.

Wb. Durazzo, 26. Mai. Ueber die Aussichten der
Friedensverhandlungen liegen hier noch keine be-
stimmten Meldungen vor, und der Ausgang der Verhandlungen
gilt für zweifelhaft. Drei österreichische Torpedobootsbesatzer,
die Landungscontingente an Bord haben, sind gestern hier ein-
getroffen. Die Stadt ist leer, alle Geschäfte sind geschlossen;
400 Flüchtlinge haben die Nacht auf dem Dampfer „Wels-
berg“ zugebracht. Die Lage gilt noch immer für sehr kritisch.

Wb. Rom, 26. Mai. Gfada-Rascha ist plötzlich mit dem
Abendschnellzug nach Neapel zurückgekehrt. Ob diese
Rückkehr mit einer eventuellen Zurückberufung nach Durazzo
zusammenhängt, ist noch ungewiß.

Wb. Durazzo, 26. Mai. Die kaiserlichen
weigern sich, mit dem Fürsten zu verhandeln; sie ver-
langen, in Verhandlungen mit der internationalen Kontrol-
kommission, als Vertreterin sämtlicher Großmächte, zu treten.
Die Stellung des Fürsten ist ernstlich erschwert, und man glaubt
nicht, daß Fürst Wilhelm, dessen Autorität vollständig geschwunden
ist, auch nur kurze Zeit noch im Lande wirksam bestehen können.

Wb. Hamburg, 26. Mai. Gestern Abend gab ein
in der Spaldingstraße bei einer Frau Schüge wohnender
polnischer Arbeiter namens Herzog auf die Frau und ihre
20jährige Tochter sechs Revolvergeschosse ab. Die
Frau wurde von drei, die Tochter von zwei Kugeln ge-
troffen. Beide sind schwer verletzt. Der Täter wurde ver-
haftet. Die Tochter beabsichtigt, ihr Verhältnis mit
Herzog zu lösen.

Wb. Berlin, 26. Mai. Hier benutzte die Witwe Poth-
mann beim Feueranmachen Petroleum. Der Behälter
explodierte, und die bedauernswerte Frau erlitt am ganzen
Körper Brandwunden, denen sie bald darauf erlag.

Wb. Petersburg, 26. Mai. Der Gesandtschafts-
rat über die Zulassung der polnischen Sprache in der Selbst-
verwaltung der Gemeinden des ehemaligen König-
reichs Polen ist heute in der Duma mit 87 gegen 71 Stimmen
abgelehnt worden.

New York, 26. Mai. Es bestätigt sich jetzt, daß die Re-
gierung der Vereinigten Staaten in den letzten Wochen im
geheimer Verbindung mit den mexikanischen Re-
gellen gestanden hat. Es ist erwiesen, daß zwischen Wilson
und Carranza ein Notenwechsel stattgefunden hat. Die Verhand-
lungen in Niagara Falls schreiten absolut nicht vorwärts, während
die Stellung Huertas nach den letzten Meldungen sich etwas
gebessert zu haben scheint.

Wb. London, 26. Mai. Die Nachricht von der endgültigen
Annahme der Home Rule Bill im Unterhaus hat in
Ulster keine Erregung hervorgerufen. Die englische Presse aller
Parteirichtungen aber sieht die Lage mit großer Besorgnis an.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Eine gute, vollwertige Kindernahrung muß haltbar und
immer gleichmäßig sein, darf keine unverdauliche Stoffe enthalten und
der Zubereitung keine Schwierigkeiten bieten, sie muß ausgiebig und
billig, nahrhaft und wohlgeschmeckt sein. Alle diese Bedingungen er-
füllt „Rufete“, das sowohl für gesunde als auch für kranke Kinder
eine ausgezeichnete, von Ärzten viel empfohlene Nahrung ist. 3119

Wettervorhersage.

Mittwoch den 27. Mai: Reiß trübe, etwas wärmeres Wetter
mit Regen.



Hervorragend preiswerte Pfingst-Wäsche



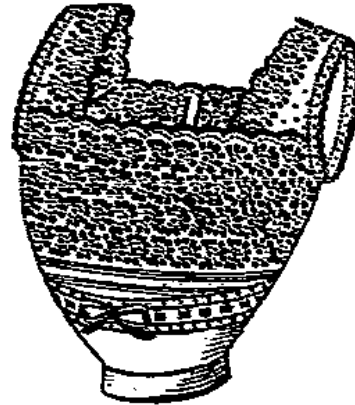
Elegante Tango-Wäsche



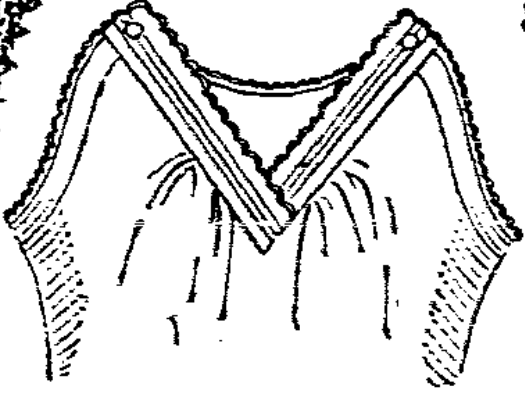
Tango-Bainkleid 5.95
fein Batist, i. gleich. eleg. Ausführung.



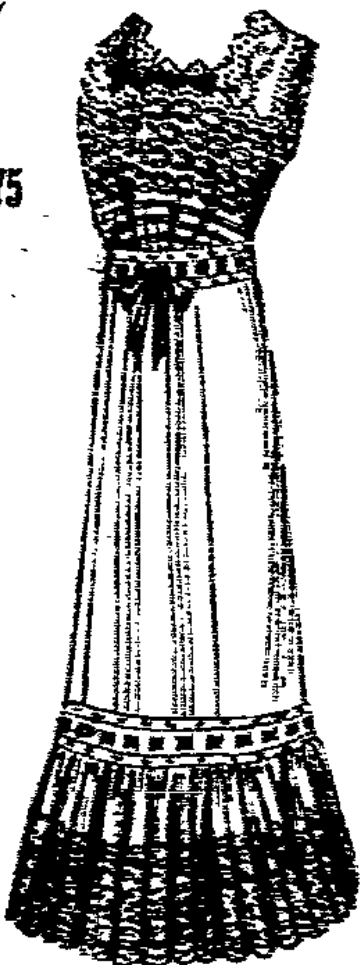
Tango-Nachthemd, Batist, 6.75
in vornehm. eleganter Tango-Ausführung.



Tango-Unterallie 3.50
fein Batist, m. sehr reich. und elegant. Stickerei.



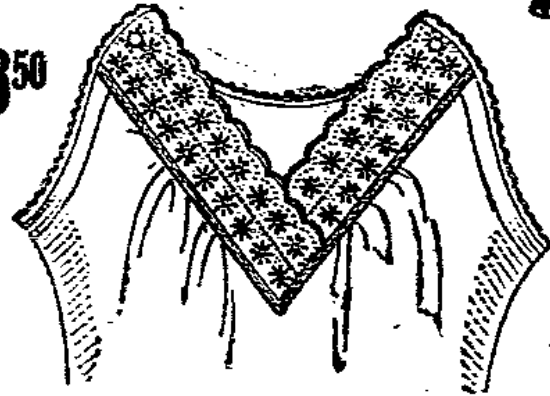
Damen-Tag-Hemd, solides Hemden- 1.75
tuch, m. angewebter Languette u. Säumchen-Garnier., wie Abb.



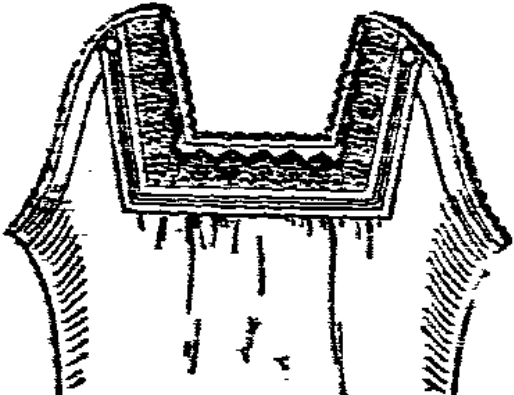
Tango-Prinzess-Rock, 11.75
fein Batist, mit reicher Stickerei, hohem Stickerei-Volant u. Durchz.



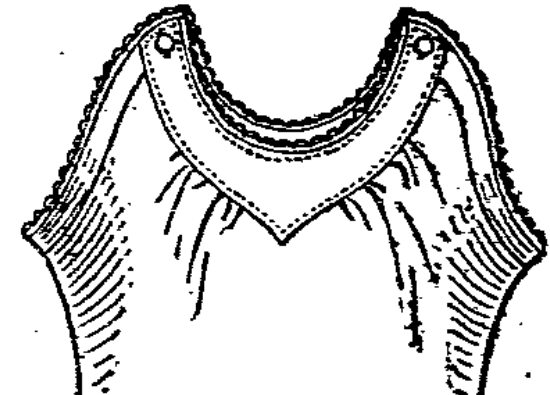
Tango-Kostüm, fein Ba- 4.25
tist, mit eleg. sehr reich. Stickerei u. Durchzug.



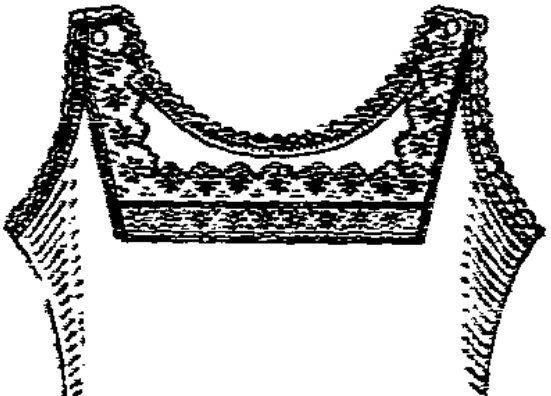
Damen-Tag-Hemd, solides Hemden- 1.95
tuch, mit Stickerei-Ein- und Ansatz . . . wie Abbildung



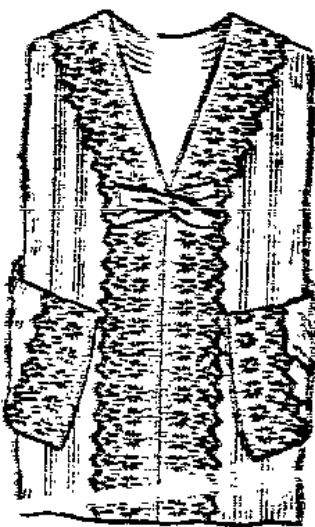
Damen-Tag-Hemd, solides Hemden- 2.25
tuch, m. Stickerei- u. Säumchen-Garnierung . wie Abbildung



Damen-Tag-Hemd, aus gut. Hemden- 1.35
tuch, mit Barmer Languette wie Abbildung

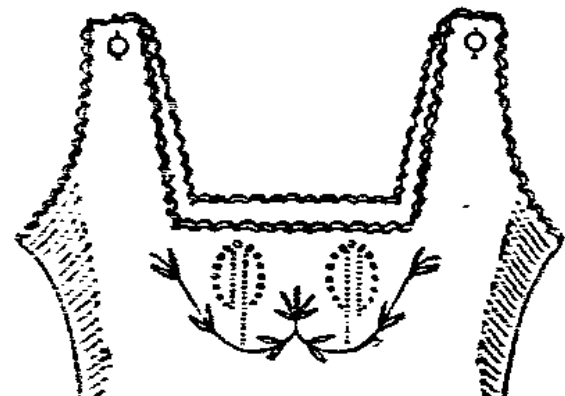


Damen-Tag-Hemd, mit breiter 1.75
Stickerei-Garnitur



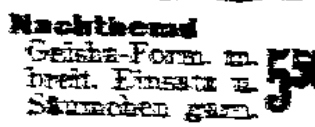
Tango-Kostüm mit herr- 11.75
ragend reicher u. eleg. Stickerei und Durchzug

Tango-Rock, fein Batist, in 5.75
derselben eleg. Ausführung.

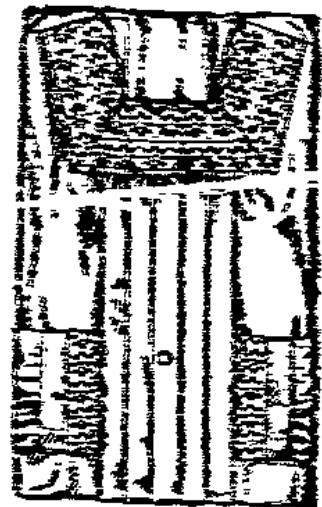


Damen-Tag-Hemd, im Rumpf, ge- 1.75
stickt, m. angewebt. Languette

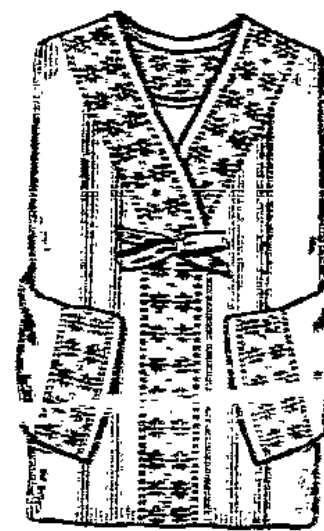
Stickerei-Rock 2.75
mit hohem Volant



Nachthemd 5.50
Geisha-Form, m. breit. Einsatz u. Säumchen garn.



Nacht-Hemd, mit 2.75
Stickerei-Ein- u. Ansatz



Nacht-Hemd, Geisha- 6.00
Form m. breiter Stickerei- und Säumchengarn.

Stickerei-Rock 4.50
gute Qualität, extra hon. Stickerei-Vol.

Siegfried Cohn

Weberei-Waren.

Breiteweg 58-60